IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

Working Paper

Hans-Joachim Bürkner, Thomas Kuder, Manfred Kühn

Regenerierung schrumpfender Städte

Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven

Copyright: Dieses Working Paper der Forschungsabteilung 4 ist urheberrechtlich geschützt. Sein Nachdruck oder seine Veröffentlichung ohne die ausdrückliche Genehmigung der Autoren ist nicht gestattet. Textpassagen dürfen gerne unter Beachtung wissenschaftlicher Zitierregeln bei vollständiger Angabe der Quelle in folgender Weise verwendet werden:

Bürkner, Hans-Joachim; Kuder, Thomas; Kühn, Manfred: Regenerierung schrumpfender Städte. Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven. Working Paper, Erkner, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, 2005 (http://www.irs-net.de/download/wp_regenerierung.pdf)

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung- und Strukturplanung (IRS)

Flakenstraße 28-31, 15537 Erkner

http://www.irs-net.de

Erkner, März 2005

Inhalt

1 Einleitung 3

2 Der Begriff „Regenerierung“ 4

2.1 Zum diskursiven Kontext des Begriffs 4

2.1.1 Diskurse der Stadtforschung und Stadtplanung in Deutschland 4

2.1.2 Urbanistische Diskurse in Großbritannien und den USA 6

2.2 Normative und analytische Begriffsdimensionen 8

2.3 Auf dem Weg zu einem relationalen Regenerierungsbegriff 10

2.4 Eine Arbeitsdefinition 12

3 Theoretische Zugänge zur Regenerierung schrumpfender Städte 13

3.1 Vorüberlegungen 13

3.2 Institutionentheoretisch fundierte Pfadansätze als Zugang zur Frage der „städtischen Regenerierung“ 14

3.2.1 Institutionen und die „lokale Planungspolitik“ 16

3.2.2 Institutioneller Wandel und Probleme des Wandels 19

3.2.3 Pfadabhängigkeit und Pfadentwicklung 21

3.2.4 Vorläufige Untersuchungsthesen und leitende Fragestellung 24

3.2.5 Der institutionentheoretische Zugang zur städtischen Regenerierung 27

3.3 Strategien der Regenerierung schrumpfender Städte – ein planungswissenschaftlicher Ansatz 28

3.3.1 Regenerierungsstrategien als Ansatz der strategischen Planung 28

3.3.2 Theoretische und empirische Erklärungsansätze 30

3.3.3 Stadtumbau – eine Regenerierungsstrategie? 33

3.3.4 Ein mögliches Untersuchungskonzept 34

3.4 Regenerierung als Prozess des *placemaking* 36

3.4.1 Das Basistheorem 36

3.4.2 Identitäten und Identitätspolitiken 37

3.4.3 Implizierte Raumkategorien 42

3.4.4 *Placemaking* und *governance* 47

3.4.5 Vorschläge für ein Untersuchungskonzept 49

4 Fazit und Ausblick 51

1 Einleitung

Seit einigen Jahren vergeht in Deutschland kaum ein Tag, an dem die Massenmedien nicht über Schrumpfungsphänomene berichten. Gemeint ist eine Verknüpfung von Bevölkerungsabnahme und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die sowohl in Regionen als auch in Städten angetroffen werden kann. Ausbleibendes natürliches Bevölkerungswachstum und Abwanderungen der Wohn- und Erwerbsbevölkerung, verbunden mit Beschäftigungsrückgängen und hoher Arbeitslosigkeit, ziehen besonders in den Städten handfeste Krisen nach sich.

Typische Folgeprobleme für die Kommunen bestehen in Wohnungsleerständen, Insolvenzgefahren für Wohnungsunternehmen, in abnehmender Auslastung öffentlicher Infrastrukturen, sinkendem Steueraufkommen, sinkender Attraktivität für Investoren, Abwanderung von Unternehmen und qualifizierten Arbeitskräften usw. Der Osten Deutschlands ist aufgrund der nicht bewältigten Folgen der gesellschaftlichen Transformation der 1990er Jahre sowie der fortdauernden negativen Auswirkungen eines komprimiert auftretenden strukturellen Wandels stärker von Schrumpfungsproblemen betroffen als Westdeutschland. Aber auch im Westen setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass demografische Faktoren im Verein mit ökonomischen Risiken für neue lokale und regionale Problemlagen sorgen.

Konzepte der politischen Gegensteuerung setzen bislang vor allem an denjenigen Schrumpfungsprozessen an, welche die finanziellen Interessen der Kommunen und der Wohnungsunternehmen berühren. So hat das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ in erster Linie die Anpassung des Wohnungsangebotes an die neuen Nachfrageverhältnisse zum Ziel.[1] Zwar sollen Entwicklungskonzepte, die für die Kommunen die Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Fördermitteln darstellen, eine integrierte Stadtentwicklung garantieren, zwar soll neben dem Rückbau von Gebäuden und Wohnungen im Stadtumbau auch die Aufwertung von Stadtquartieren gefördert werden, aber für die Kommunen und Wohnungsunternehmen steht recht eindeutig der Rückbau von Wohngebäuden und Infrastruktur im Vordergrund des Interesses und des Handelns.

Angesichts der Komplexität der Schrumpfungsprozesse und der Wechselwirkungen ihrer einzelnen Faktoren wundert es nicht, wenn mittlerweile die Unzulänglichkeit des Stadtumbau-Programms als „Abrissförderprogramm für Großsiedlungen und große Wohnungsunternehmen“ kritisiert wird (Schmidt-Eichstaedt 2004: 190). Wenn sich ökonomische, soziale und städtebauliche Probleme derart überlagern wie derzeit in ostdeutschen Städten, ist mit rein städtebaulichen Mitteln nur wenig auszurichten.

---

[1] Im Unterschied zu der Tendenz der jüngeren Stadtentwicklungsdebatten, städtebauliche Umgestaltungsprozesse in Ostdeutschland generell mit dem Begriff „Stadtumbau“ zu bezeichen, verwenden wir im Folgenden den Begriff „Stadtumbau“ ausschließlich für diejenigen Projekte, Maßnahmen und Initiativen, die auf der lokalen Ebene im Rahmen der Förderung im Rahmen der Bund-Länder-Programme „Stadtumbau Ost“ bzw. „Stadtumbau West“ entstanden sind und daher eine eindeutige Reaktion auf Schrumpfungsprozesse darstellen. Umgestaltungen, die von dem Förderprogramm erkennbar nicht berührt werden, bezeichnen wir mit dem Terminus „Städtische Restrukturierung“. Zu diesen Umgestaltungen zählen nicht nur städtebauliche Veränderungen, sondern auch soziale, ökonomische, kulturelle Prozesse, die den Wandel städtischer Strukturen zur Folge haben.

In der angelsächsischen Stadtentwicklung ist bereits früh der Begriff „urban regeneration“ ins Spiel gebracht worden, um zu verdeutlichen, dass unter derartigen Bedingungen nur eine umfassende Wiederherstellung, Erholung oder gar Erstarkung der von Schrumpfung betroffenen Städte erforderlich erscheint. Auch in deutschsprachigen Debatten wird in jüngerer Zeit der Begriff „Regenerierung“ verwendet, um Prozesse zu beschreiben, die als gegenläufig zu „Schrumpfung“ begriffen werden (Keim 2004: 211).

Was für die wissenschaftliche Erforschung von Schrumpfungsprozessen zutrifft (vgl. Spiegel 2004; Kabisch et al. 2004), lässt sich auch für die Analyse von Regenerierungsprozessen sagen: Weder auf der Ebene normativ begründeten strategischen Handelns noch in Bezug auf die Analyse von struktureller „Erholung“ und strategisch-planerischen Handlungsansätzen ist bislang mehr geschehen als die wiederholte Explikation der Begriffe „Schrumpfung“ und „Regenerierung“. Eindeutige Definitionen vermisst man ebenso wie theoretische Grundlegungen, die es erlauben würden, insbesondere Regenerierungsprozesse zufriedenstellend zu analysieren.

Das hier vorgelegte Working Paper der Forschungsabteilung 4 des IRS soll die bestehenden konzeptionellen Defizite ein wenig reduzieren. Es reflektiert die bisherigen Verwendungsweisen des Regenerierungsbegriffs in Wissenschaft und Praxis (Kapitel 1), schlägt eine in der empirischen Forschungspraxis verwendbare Definition vor (Kapitel 2) und sondiert ausgewählte theoretische Zugänge zu den erklärungs- und interpretationsrelevanten Gegenständen (Kapitel 3).

Ein wichtiges Ziel (unter anderen), das hierbei verfolgt wird, besteht darin, mit den drei verschiedenen, sich gegenseitig ergänzenden und überlappenden theoretischen Zugängen zum Thema „Regenerierung“ einige für zentral erachtete konzeptionelle Ankerpunkte innerhalb eines breit gesteckten Untersuchungsfeldes zu formulieren. Die Verwendung dieser Ankerpunkte soll es erleichtern, bislang recht allgemein gestellte Forschungsfragen zu präzisieren und vor allem künftigen Untersuchungen zur „Regenerierung“ im Kontext der jüngeren ostdeutschen Stadtentwicklung eine ausreichende begriffliche und theoretische Basis zu liefern.

HANS-JOACHIM BÜRKNER UND MANFRED KÜHN

2 Der Begriff „Regenerierung“

2.1 Zum diskursiven Kontext des Begriffs

2.1.1 Diskurse der Stadtforschung und Stadtplanung in Deutschland

In der deutschsprachigen Stadtforschung und -planung sind die Begriffe „Regeneration“ bzw. „Regenerierung“ bisher wenig gebräuchlich gewesen[2]. In einer frühen Publi-

[2] „Regenerierung“ und „Regeneration“ werden im allgemeinen Sprachgebrauch häufig synonym verwendet. Im Kontext des hier entwickelten Untersuchungsansatzes wird eine Differenzierung eingeführt: Während

kation aus den 1980er Jahren wird „Regeneration der Stadt“ aus wohnungswirtschaftlicher Sicht als Erneuerung bzw. Modernisierung des Wohnungsbestandes interpretiert (Kujath 1986). In einer jüngeren Veröffentlichung des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung wird „Regenerierung“ mit der Vorstellung einer „Erholung“ und „Erstarkung“ der Stadt verbunden (Keim 2001: 20). Offen bleibt dabei, auf welche Weise dies geschehen kann – von strategischen Entwicklungsplanungen über Prozesse der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation bis hin zu Aktivitäten einzelner städtischer Akteure sind damit alle Aktivitäten angesprochen, die defizitäre Zustände und krisenhafte Entwicklungen zum Positiven wenden wollen. Über diese eher kursorischen Zugänge hinaus sind bislang in Deutschland keine nennenswerten Verwendungsweisen des Begriffs entstanden.

In den planungspraktischen Diskursen dominieren nach wie vor die älteren Begriffe „Stadterneuerung“ und „Revitalisierung“, wenn es darum geht, lediglich partielle, sektorale Handlungskonzepte zu beschreiben. Unter „Stadterneuerung“ wurden in den 1980er Jahren in der Regel städtebauliche Ansätze zur Verbesserung der physischen Substanz westdeutscher Städte verstanden. Neben klassischen Sanierungsmaßnahmen in den Innenstädten wurde unter diesem *label* jedoch auch eine soziale und ökonomische Aufwertung der Kernstädte angestrebt (Häußermann/Siebel 1986, Dangschat 1990).

In ähnlicher Weise und fast zeitgleich wurde der Begriff „Revitalisierung“ eingesetzt, um eine Politik zu kennzeichnen, welche die Kernstädte für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaft attraktiv machen sollte, nachdem Suburbanisierungsprozesse zur Verlagerung von Bevölkerung, Gewerbe und Dienstleistungen in das Umland der Städte geführt hatten. Mit den politischen Strategien wurde die Hoffnung verbunden, den Bedeutungsverlust der Kernstädte mildern, insbesondere eine Trendwende in der Abwanderung der Bevölkerung zu bewirken und auf diese Weise eine Phase der Reurbanisierung herbeiführen zu können (Steinführer et al. 2005). Die ursprünglich an städtebaulichen Problemen ansetzenden Revitalisierungskonzepte wurden im Laufe der Zeit zunehmend durch kultur- und wirtschaftspolitische Strategien ergänzt. Unter dem Eindruck von Globalisierungsprozessen und der Ökonomisierung der Stadtpolitik („unternehmerische Stadt“) wurden von der Stadtpolitik vermehrt zahlungskräftige Zielgruppen in den Blick genommen, von denen neue Entwicklungsimpulse für die Kernstädte erwartet wurden. Die Aufwertung innenstadtnaher Altbauquartiere (Gentrification) wurde häufig als eine Art eigengesetzlich ablaufender, aus ökonomischen (Bodenrentendynamiken) und sozialen (Ausdifferenzierung von Lebensstilen) Antrieben gespeister Prozess begriffen (Friedrichs 1998). Revitalisierungsansätze haben diesen Prozess jedoch zumindest gestützt, wenn nicht gar maßgeblich vorangetrieben (Helbrecht 1996).

Mit dem Begriff „Stadtumbau“ schließlich werden politisch-planerische Reaktionen auf Bevölkerungsverluste und ökonomische Krisen der Städte bezeichnet – zunächst in Ostdeutschland, in jüngerer Zeit aber auch im Westen der Bundesrepublik (s. dazu die

---

„Regenerierung“ den Erneuerungs*prozess* von bzw. in Städten als laufenden Vorgang beschreibt, wird unter „Regeneration“ das Resultat eines solchen Prozesses und somit ein *Zustand* verstanden.

Beiträge in Hannemann et al. 2002, Oswalt 2004). Die mit Fördermitteln des Bundes und der Länder untersetzten strategischen Konzepte sehen die Anpassung von Gebäude- und Wohnungsbeständen an gesunkene Einwohnerzahlen vor. Damit wird in erster Linie ein Beitrag zur Konsolidierung der von wachsenden Kosten und Insolvenz bedrohten großen Wohnungsunternehmen geleistet. Der Abriss leer stehender Wohnungen und die partielle Aufwertung städtischer Teilbereiche sollten dabei den Kernbereich von Maßnahmen bilden, die im Rahmen sog. Integrierter Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) entworfen wurden. Von diesen wurde erwartet, dass sie auf andere Bereiche (soziale Infrastruktur, Gewerbe etc.) ausstrahlen könnten. Derartige Effekte sind jedoch bislang überwiegend ausgeblieben: Dringende Handlungsbedarfe wurden von den Kommunen und Wohnungsunternehmen in erster Linie im Abriss und Rückbau von Gebäuden gesehen, verfügbare Fördermittel wurden oft nur für diese Zwecke in Anspruch genommen (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik 2004: 16). Die Umbauaktivitäten konzentrierten sich zudem auf die städtischen Randbereiche, d. h. in erster Linie die aus der DDR ererbten Großwohnsiedlungen. Wichtige Gestaltungsmöglichkeiten für den Umbau der Innenstädte – zumal unter Maßgabe der Aufwertung und Erneuerung - wurden dagegen nicht wahrgenommen (Franz 2005: 14). Von wissenschaftlicher Seite ist in jüngerer Zeit auch kritisiert worden, dass der mit den ISEK verbundene Anspruch auf Partizipation der lokalen Bevölkerung kaum eingelöst worden sei (Kabisch et al. 2004: 142). Allerdings ist generell fraglich, ob ein derartiger Anspruch bei der Realisierung von ausgesprochenen *top-down*-Projekten wie dem Stadtumbau ohne Einschränkungen gelten kann.

2.1.2 Urbanistische Diskurse in Großbritannien und den USA

In Großbritannien hat sich seit den 1990er Jahren *urban regeneration* als Leitbegriff für Strategien zur Erneuerung und Attraktivitätssteigerung krisenbelasteter Städte durchgesetzt. *Regeneration* hat ältere Begriffe wie *revitalisation, renewal* oder *redevelopment,* die zuvor auch in den USA mit ähnlichen Bedeutungen verwendet worden waren, weitgehend verdrängt. Allerdings bleiben die Verwendungsweisen und einschlägigen diskursiven Kontexte des Begriffs *urban regeneration* weitgehend auf die britischen Inseln beschränkt (siehe Couch 2003, Couch et al. 2003, Evans 1997, Healey et al. 2002, Roberts 2000, Robson 2002).

Ein Pendant findet sich in der US-amerikanischen Stadtentwicklungsdebatte bislang nur vereinzelt (z. B. bei Jacobs 2000). Im Unterschied zu den britischen Diskursen ist der Mainstream der wissenschaftlichen und politischen Debatten zu städtischen Erneuerungsprozessen in den USA von den Schlagworten *urban renewal* und *redevelopment* geprägt worden. Darunter wurden jeweils Entwicklungsmaßnahmen verstanden, welche die Innenstädte vor baulichem Verfall, der Herausbildung sog. sozialer Brennpunkte sowie einem völligen kulturellen und ökonomischen Bedeutungsverlust bewahren sollten. In der Regel wurden groß angelegte Entwicklungsprojekte durch private Träger entworfen, die Investitionen in die Innenstädte hinein lenken sollten. So wurden vor allem der Bau von Bürogebäuden, innenstadtnahen Sportstätten und Einrichtungen für kulturelle Großveranstaltungen favorisiert. Damit sollten zumindest für kurze Zeit Arbeitskräfte und Konsumenten in die Kernstädte gelockt werden (so geschehen in den Krisenstädten der ehemaligen Stahlindustrie des „*rustbelt*“, etwa Detroit [Thomas 1997] oder Cleveland/Ohio [Sweet et al. 1999, Tittle 1992]). Verbreitet

waren in den 1980er und 1990er Jahren auch Entwicklungsmaßnahmen für innerstädtische Hafenanlagen und Industriegebiete, die durch Kulturprojekte wie z. B. Aufführungsstätten und Bühnen, die Entwicklung von *lofts* für Kulturschaffende sowie die Ansiedlung neuer Dienstleistungen gekennzeichnet waren. Sofern sie auf Häfen und Flussufer bezogen waren, wurden sie mit dem Begriff *waterfront development* belegt (Gordon 1996, Marshall 2001).

Vereinzelt wurden mit denselben oder ähnlichen Begriffen (z. B. *neighbourhood revival*) auch Entwicklungsansätze bezeichnet, die durch Aktivitäten der lokalen Bevölkerung auf der Ebene von Wohnquartieren und Nachbarschaften initiiert wurden. Hier stellen neue Akteurkoalitionen zwischen Zivilgesellschaft, lokalen Unternehmen und Politik die Weichen für Investitionen in Gebäude und Infrastruktureinrichtungen. Die neuen Akteure leiten Renovierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf Spendenbasis ein, werben lokale und externe Geldgeber als *stakeholder* für ihr Quartier an und führen allmählich eine Atmosphäre des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstiegs herbei (Grogan/Proscio 2000; ähnlich: Monti 1990). Fälle wie die Aufwertung des Stadtteils Bronx in New York, die durch langjährigen Verfall, die Konzentration armer Bevölkerungsschichten, Kriminalität usw. gekennzeichnet waren, zeigen, dass nach einer anfänglichen Phase der Selbstorganisation lokaler Akteure und der Investition Bewohner-eigener Mittel in kleinere Projekte jeweils größere private Geldgeber und auch der Staat bereit waren, in größerem Umfang in die Quartiersentwicklung zu investieren (Grogan/Proscio 2000: 27).

Zurück zu den britischen Inseln: In Großbritannien verbindet sich mit dem Begriff *urban regeneration* heute der politisch-planerische Anspruch, integrative Handlungsstrategien durchsetzen zu wollen. Diese umfassen jeweils ökonomische, soziale und physisch-bauliche Aspekte der Stadtentwicklung (Couch et al. 2003: XV, Roberts/Sykes 2000: 17). Sie gehen damit über die städtebaulich-physischen Ansätze der traditionellen, flächenbezogenen Stadtplanung hinaus und beziehen die Ressorts der Beschäftigungs-, Sozial- und Wohnungspolitik ein. Darüber hinaus wird auch der Anspruch formuliert, eine Vielzahl unterschiedlicher städtischer Akteure dazu zu motivieren, die Initiative zu ergreifen. Dabei werden Mediations- und Koordinationsaufgaben zwischen den Akteuren immer wichtiger. Sie werden von planerischer Seite aus häufiger als Bestandteile einer neuen kommunikativen Planungskultur (*collaborative planning*) verstanden (Healey 1997). Entsprechend kommunikationsorientiert gestaltet sich bereits seit etlichen Jahren die Ausbildung von Planern an britischen Universitäten.

Im Unterschied zur Stadtentwicklung in den USA, die überwiegend der privaten Initiative überlassen bleibt, stellen in Großbritannien die steuernden Eingriffe des Staates in die Kommunen ein traditionell bedeutsames Entwicklungsmoment dar. So hat die britische Regierung mit der Einrichtung lokaler *Urban Regeneration Companies* (URC) seit Ende der 1990er Jahre eine Strategie der gemischten privat-öffentlichen Entwicklungspolitik verfolgt. Die URC stellen staatlich geförderte, jedoch rechtlich unabhängige Entwicklungsträger dar, die jeweils integrierte Regenerierungskonzepte erstellen, d. h. soziale, ökonomische, städtebauliche und infrastrukturpolitische Belange zusammenführen und entsprechende Projekte in Abstimmung mit lokalen Akteuren umsetzen (Parkinson/Robson 2000).

Schließlich wird in den Debatten um eine städtische Erneuerung in Großbritannien auch der Begriff *urban renaissance* verwendet - mit einem stärkeren räumlichen Fokus auf die Innenstädte, aber im Grundsatz häufig ähnlichen Entwicklungsabsichten wie im Zusammenhang mit den *redevelopment*-Ansätzen in den USA (Imrie 2003, Urban Task Force 1999, Wilks-Heeg 2003).

2.2 Normative und analytische Begriffsdimensionen

Wie die vorangegangene Sichtung der Bedeutungen und Verwendungskontexte des Begriffs *regeneration* sowie verwandter Begriffe bereits erahnen lässt, sind derzeit keine eindeutigen, allgemein gültigen Definitionen verfügbar. Während zumindest auf der Seite der Stadtplanungs- und Entwicklungspraxis in Großbritannien Aufzählungen von „regenerativen" Maßnahmen und Entwicklungszielen möglich sind, ist eine verlässliche analytische Bestimmung des Begriffs bislang ausgeblieben. In der deutschsprachigen Stadtforschung steht eine umfassendere Beschäftigung mit dem Begriff noch aus, so dass sich zunächst gravierende Definitionsprobleme stellen. Die folgenden Überlegungen dienen dazu, die Voraussetzungen für eine tragfähige Definition zu bestimmen und einen eigenen Definitionsvorschlag zu entwickeln.

Grundsätzlich muss jeder Gebrauch eines (wie auch immer gearteten) Regenerierungsbegriffs von einer Trennung in analytische und normative Begriffsdimensionen ausgehen.

Der **normativen** Seite des Begriffs liegt die Frage nach Idealzuständen sowie nach unterschiedlichen Intensitäten der anzustrebenden Performanz von Systemen und Akteuren zugrunde (es muss nicht immer die maximale sein!). Dies erfordert ein besonderes Wissen über die Beschaffenheit von Idealzuständen. In den Gesellschaften der Moderne wird dazu hauptsächlich Expertenwissen herangezogen. Bei näherer Betrachtung der lokalen Kontexte zeigt sich allerdings, dass andere Wissensformen, z. B. in der alltäglichen Praxis der Stadtbewohner entstandenes lokales Wissen oder Wissen, das sich innerhalb von sozialen Milieus und Netzwerken bildet, ebenso von Bedeutung sind. Sie bilden teilweise die Voraussetzung für die lokale Adaption bzw. Einbettung von Expertenwissen, führen teilweise aber auch zur Formulierung von Gegenpositionen.

Die Definition unterschiedlicher Zustände (Normalzustand, Idealzustand, schlechter Zustand usw.) hängt somit nicht a priori von objektiven oder umstandslos objektivierbaren Kriterien und Größen ab, sondern von sozialen Übereinkünften, den entsprechenden Verhandlungsformen und sozialen Kontexten. Auch Experten sind meistens in relevante Konsensbildungsprozesse einbezogen, und zwar auf unterschiedlichen Handlungsebenen: innerhalb „ihrer" disziplinären Kontakt- und Verkehrskreise, aber auch innerhalb lokaler, von heterogenen Akteuren geprägten Handlungsarenen und Milieukontexte.

In der pluralistischen Variante wird Konsens im Rahmen offener Aushandlungsprozesse innerhalb öffentlicher Handlungsarenen hergestellt. In weniger durchlässigen oder geschlossenen Kontexten können Übereinkünfte aber auch über die Hinnahme der Kompetenz- und Deutungsmacht der Experten durch andere Akteure entstehen. Es dürfte also schwer fallen, normative Ideen zur städtischen Regenerierung oder auch

Wertmaßstäbe und Kennzahlen, die zur Beurteilung von Regenerierung herangezogen werden, ohne genaue Kenntnis der Sprecher bzw. Ideengeber sowie der konkreten strukturellen und situativen Kontexte zu interpretieren.

Bezogen auf die **analytische** Seite des Begriffs sind die Prozesse der Selbstreflexion derjenigen, die mit dem Begriff hantieren, noch nicht allzu weit gediehen. Bislang liegen zwei Arten von Begriffsverständnissen vor: eine, die von den in der urbanen Steuerungspraxis Handelnden geprägt worden ist, vor allem in angelsächsischen Stadtentwicklungskontexten (Couch et al. 2003), sowie eine andere, die sich in der deskriptiv orientierten empirischen Stadtforschung findet (Roberts 2000).

Auf der Seite der Steuerungspraxis kommen analytische Perspektiven hauptsächlich dann in den Blick, wenn planerische Ziele zur Restrukturierung eines städtischen Teilraums mit den Wirkungen der ergriffenen politisch-planerischen Maßnahmen verglichen werden. Der „Erfolg" normativ untersetzter Handlungen wird dann mehr oder weniger als lineare Folge von Zielverwirklichungen begriffen und mit geeigneten Messinstrumenten (Statistiken, Ortsbegehungen usw.) ermittelt. Abweichungen vom „Plansoll" werden auf diese Weise problematisierbar und können als Diskussionsgegenstand in öffentliche Debatten eingebracht werden.

Auf der Seite der Stadtforschung ist bislang der Blickwinkel des deskriptiv arbeitenden Empirikers vorherrschend gewesen. Dieser erliegt jedoch häufig nur allzu schnell den normativen Verlockungen, die von den Perspektiven auf Regenerierung in der Praxis ausgehen. So setzen bisherige Begriffsdefinitionen, die in den englischsprachigen urbanistischen Debatten kursieren, wie selbstverständlich voraus, dass es a) allgemein verbindliche Definitionen und Zielbestimmungen geben müsse und b) möglich sei, Regenerierung mit gängigen statistischen Parametern zu messen. Dabei wird nicht ausreichend unterschieden zwischen den normativen Voraussetzungen strategischen Handelns und den – ebenfalls normativ bewerteten – Effekten dieses Handelns. Die folgende Definition von Roberts/Sykes etwa stellt zwar den Aspekt des strategischen Handelns als zentrale Bedingung von Regenerierung heraus, hebt dann aber auf die Materialität der Resultate dieses Handelns ab und vollzieht damit eine essentialistische Wendung. *Regeneration* ist dieser Definition zufolge:

> "… comprehensive and integrated vision and action which leads to the resolution of urban problems and which seeks to bring about a lasting improvement in the economic, physical, social and environmental condition of an area that has been subject to change." (Roberts/Sykes 2000: 17).

Regeneration lässt sich, so der Kern der Definition, an ganz bestimmten Zuständen der Funktionssysteme und auch der Physis einer Stadt festmachen. Diese Perspektive schließt den Anspruch auf Beobachtbarkeit und Messbarkeit der jeweiligen Zustände ein. Sie rückt zugleich die normativen Anteile strategischen Handelns in den Hintergrund des Erkenntnisinteresses. Sie werden zu einer diffusen Kulisse der „harten" Realentwicklungen.

Auch die folgende Definition von Couch et al. verbindet materielle Strukturen (hier: Brachflächen und leerstehende Gebäude) mit sozialen und ökonomischen Sachverhal-

ten, ohne deren Beziehung zueinander zu klären. Die Autoren verstehen unter *regeneration*

> „… policies that attempt to return derelict and vacant land and buildings to beneficial use, create new forms of employment where jobs have been lost, improve the urban environment, and tackle an array of urban social problems." (Couch et al. 2003: XV).

Ebenfalls ungeklärt bleibt die Frage, weshalb die entsprechenden Politiken ausgerechnet an den aufgezählten Problemgegenständen – und nicht etwa auch an anderen – ansetzen sollen. Implizit verwendete normative Setzungen scheinen hier die notwendigen Begründungen für die strategische und analytische Relevanz der betrachteten Gegenstände und Kategorien zu ersetzen.

Bereits diese wenigen Überlegungen zeigen, dass es nicht ausreicht, unverbindlich auf ein normatives Vorverständnis der relevanten Akteure hinzuweisen – etwa in Richtung auf eine bestimmte Vorstellung von der „funktionierenden" oder auch „nachhaltigen" Struktur einer Stadt. Vielmehr muss explizit berücksichtigt werden, dass derartige Vorverständnisse von spezifischen Gesellschaftsvorstellungen und -modellen geprägt sind, die als solche erst einmal Gegenstand der Reflexion sein müssen. Dabei muss ferner beachtet werden, dass diese Vorstellungen selbst in aller Regel umstritten sind. Gängige Vorstellungen sind das Ergebnis der Durchsetzung von Deutungen bezüglich der „Aufgaben" und Strukturen einer Stadt (Lau/Beck 1989). Hier aus der Sicht der WissenschaftlerIn ohne Umschweife nach „Regenerierung" zu fragen, hieße im besten Fall, sich keine Rechenschaft über die soziale Genese derartiger Vorstellungen sowie der eigenen Anteile an ihrer Konstruktion abzulegen. Im schlimmsten Falle würde gar eine Apologie bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse betrieben, die auf einem unhinterfragten alltäglichen *common sense* basiert und geradezu verhindert, dass weitergehende analytische Fragen gestellt werden können.

2.3 Auf dem Weg zu einem relationalen Regenerierungsbegriff

Was innerhalb gegebener gesellschaftlicher und historischer Verhältnisse als „normal", „funktional", „gesund" und anstrebenswert bzw. wiederherstellenswert angesehen wird, ist somit zunächst unter einer relativierenden Perspektive zu betrachten. Relativierende Fragen lauten etwa:

- Wer (d. h. welche gesellschaftlichen Gruppen, welche lokalen Akteure) ist an der Etablierung welcher Strukturen interessiert? Welche Verfahren und Strategien der Interessendurchsetzung werden von den Akteuren mit welchem Erfolg eingesetzt?

- Wer hat über die etablierenden Akteure hinaus ein Interesse an der Konservierung und – im Falle der Störung bzw. des Zerfalls – der Wiederherstellung dieser Strukturen?

- Welche Ideen, Leitbilder und Entwicklungsideologien werden von wem in welchen Kontexten eingesetzt, um die einschlägigen Interessen einerseits zu begründen und ihnen andererseits zur Durchsetzung zu verhelfen?

Fragen wie diese implizieren – trotz eines geschärften Blicks auf strategische Konsensbildungen – jeweils eine konfliktorientierte Perspektive. Lokales Handeln muss als Handeln innerhalb einer von konfligierenden Interessen und Machtansprüchen definierten Arena begriffen werden (siehe hierzu die machttheoretischen Überlegungen der Regimeforschung, die für eine Vielzahl von städtischen Steuerungsprozessen Gültigkeit beanspruchen können, z. B. bei Stone 1998). Regenerierungsideen und ihre Verwendung sind demnach das Ergebnis sowohl partieller Konsensbildungen als auch konflikthafter Auseinandersetzungen; sie sind Bestandteil fortlaufender Veränderungen des lokalgesellschaftlichen Umgangs mit materiellen (z. B. Bauten, Infrastrukturen) und immateriellen Strukturen (z. B. Märkten, Leitbildern, Images).

Aus diesen Überlegungen ergeben sich folgende Postulate:

Die Analyse von Regenerierung kann nicht ausschließlich von festgelegten Kategorien, Indikatoren usw. ausgehen, sondern muss auch eine Rekonstruktion der lokalen Entwicklungsideen und der Vorstellungen von ökonomischer, sozialer, städtebaulicher Normalität betreiben. Selbstverständlich ist es immer möglich, anhand vorfixierter quantitativer Indikatoren (Indikatoren wofür genau?) und Variablen Zu- bzw. Abnahmen von statistischen Mengen zu interpretieren – allerdings trägt dies in keiner Weise zur Analyse von Regenerierung, sondern lediglich zur Beschreibung von Strukturausprägungen in synchroner und diachroner Perspektive bei. Die Interpretation ist dabei eine Sache der subjektiven Normalitätsvermutungen und Realitätskonstrukte des Interpreten. Diese Vermutungen sind zwar das Ergebnis gesellschaftlich vermittelter oder allgemein akzeptierter normativer Setzungen. Sie werden jedoch auch dann, wenn über die Art der Setzung Rechenschaft abgelegt wird, nicht besser analysierbar: ist doch beispielsweise die Annahme von Schwellenwerten für „normale“ Merkmalsausprägungen und „regenerative“ Entwicklungen keineswegs auf stabile (und somit „gültige“ Normen) zurückführbar. Vielmehr muss die Forschung eher auf veränderliche soziale Beziehungen und Prozesse des Aushandelns von verbindlichen Regeln, Institutionen, Leitbildern usw. rekurrieren. Erst dann, wenn diese Beziehungen und Prozesse analysiert worden sind, werden empirische Ergebnisse und Bewertungen zum „Stand der Dinge“ in Sachen Regenerierung überhaupt interpretierbar: nämlich entweder als jeweils spezifische Manifestationen oder als manifeste Kontrapunkte jeweils gültiger bzw. herrschender Normen, Institutionen und Regeln.

In einem geeigneten Untersuchungskonzept müssen daher neben den Daten- und Strukturanalysen **relationale**, d. h. akteursbezogene (und damit qualitative) Aspekte der Regenerierung untersucht werden. Materielle, in objektivierenden quantitativen Kategorien fassbare Aspekte werden erst dann interpretierbar, wenn sie in eine genau definierte Beziehung zu den relationalen Aspekten gesetzt werden. Entscheidend ist also das Wissen um das Referenzsystem – in diesem Fall der Institutionen, sozialen Beziehungen, Bewertungen, strategischen Interessen usw., die von den jeweiligen Akteuren geschaffen bzw. mit bestimmten wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungen verknüpft werden. Mit Hilfe dieses Wissens kann beurteilt werden,

- ob eine bestimmte, materiell/quantitativ fassbare Entwicklung den Intentionen und Interessen bestimmter Akteure entspricht oder nicht;

- ob die Entwicklung von Institutionen und die Herausbildung spezifischer Akteurkonstellationen – d. h. unter anderem: die Beschaffenheit institutioneller Entwicklungspfade – jeweils mit materiellen Realentwicklungen korrespondiert, zu ihnen in Widerspruch steht oder mit bestimmten zeitlichen Abfolgen der wechselseitigen Beeinflussung (etwa: *time lags*) verbunden ist. Beispielsweise können aus der Feststellung eines Widerspruchs wichtige Forschungsfragen abgeleitet werden, z. B. nach der Richtung und Kontinuität sowie den Richtungswechseln (*turnarounds*) eines eingeschlagenen Entwicklungspfades, der relativen Angemessenheit von Entwicklungsleitbildern und -strategien usw.

2.4 Eine Arbeitsdefinition

Eingedenk der Notwendigkeit einer relationalen Fassung des Begriffs „Regenerierung“, die den weiterführenden Interpretationen zu Grunde gelegt werden kann, schlagen wir im Hinblick auf die normative Dimension des Begriffes zugleich eine von Fall zu Fall kritisch zu reflektierende Arbeitsdefinition vor.

Diese greift zunächst den thematisch zu Grunde liegenden Begriff der „Schrumpfung“ auf und leitet in einem ersten Schritt die Merkmale des sich darauf beziehenden Begriffes „Regenerierung“ aus den zu berücksichtigenden Merkmalen von Schrumpfungsphänomenen ab:

Schrumpfung umfasst nach dem hier unterbreiteten Verständnis insbesondere die folgenden, in gegenseitiger Wechselbeziehung zueinander stehenden Merkmale: Einwohnerrückgang, krisenhafte sozioökonomische Entwicklungen sowie damit verbundene baulich-räumliche Folgen wie z. B. baulicher Leerstand und Verfall. Die Probleme des Einwohnerrückgangs sind dabei vor allem geprägt durch die interregionalen Ab- und die selektiven intraregionalen Stadt- und Stadt-Umland-Wanderungen. Die Probleme der krisenhaften ökonomischen Entwicklung sind vornehmlich charakterisiert durch selektive Wohlstandsentwicklungen mit baulich-räumlichem Niederschlag und/oder Entwicklungen der lokalen bzw. regionalen Wirtschaft, die sich aufgrund von De-industrialisierungs- oder Rationalisierungsprozessen in Arbeitsmarktstrukturen krisenhaft ausprägen.

In diesen Problemzusammenhang eingebettet, erfolgt in einem zweiten Schritt eine vorläufige normative In-Wert-Setzung der einzelnen Merkmale von „Regenerierung“, die sich sehr eng am wörtlichen Sinn des Begriffes orientiert (siehe unten) und aus welcher die vorgeschlagene Arbeitsdefinition resultiert:

> ***Städtische Regenerierung*** *(lat. ‚regenerare‘ = von neuem hervorbringen) bezeichnet demografische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerungsprozesse in solchen Städten und Stadtgebieten, die von den Problemen des Beschäftigten- und Einwohnerrückgangs sowie des baulichen Leerstands und Verfalls betroffen sind. Regenerierung steht in diesem Zusammenhang für einen Zuzug neuer Wohnbevölkerung (demografische Erneuerung), die Entstehung neuer Erwerbsmöglichkeiten (sozioökonomische Erneuerung) sowie die Sanierung bzw. den Neubau von Gebäuden (städtebauliche Erneuerung). Vorstellungen über Art, Umfang und Ziele von Regenerierung sind gleichwohl das Ergebnis von gesellschaftlich ver-*

mittelten Normen und Regeln sowie der ortsbezogenen Kodierung sozialer Beziehungen. Regenerierung schließt daher die Formulierung neuer Leitbilder und strategischer Handlungsziele sowie die Entwicklung spezifischer Steuerungsformen ein.

Mit dieser vorläufigen, im aktuellen Forschungsprozess weiterhin kritisch zu hinterfragenden und ggf. fortzuschreibenden Arbeitsdefinition werden sowohl die Zustände physischer Siedlungsstrukturen als auch Prozesse der Kodierung sozialer Beziehungen und Machtdifferentiale (vgl. Keim 2003: 81) adressiert. Materielle Siedlungsstrukturen werden dabei als das Ergebnis von dynamischen Prozessen der Definition von Orten begriffen. Die konkreten Orte werden jeweils als Ausdruck der Kodierung sozialer Beziehungen angesehen; ihre physische Beschaffenheit wiederum wird von den Akteuren als Anlass und zugleich als Projektionsfläche wiederholter oder auch neuer Kodierungen genutzt.

Die Definition ermöglicht den Blick auf materielle Strukturen und soziale Prozesse zugleich. Sie trifft somit den Kern einer auf sozialräumliche Phänomene gerichteten Forschungsperspektive. Indem beispielsweise städtebauliche Strukturen als Ergebnis von sozialen Kodierungsprozessen begriffen werden, wird verhindert, dass physische Phänomene als isolierte Entitäten konzipiert werden, die quasi ein Eigenleben führen. Sowohl die Dynamik von Entwicklungen (z. B. in Form von Entwicklungspfaden oder Diskursen) als auch statische Phänomene (z. B. die ortsbezogenen Folgen der Kodierung sozialer Beziehungen und die Beschaffenheit derart konstruierter Orte) werden damit thematisch.

3 Theoretische Zugänge zur Regenerierung schrumpfender Städte

3.1 Vorüberlegungen

Die hier vorgestellten theoretischen Verankerungen zur „Regenerierung schrumpfender Städte“ adressieren aus unterschiedlichen Perspektiven heraus das steuernde Handeln bei krisenhaften Entwicklungen, hier die Schrumpfung von Städten, sowie dessen jeweilige Arenen, Akteure und Kontexte. Dabei stellen die materiellen und strukturellen „Realentwicklungen“ in den schrumpfenden Städten, das darauf bezogene steuernde Handeln sowie die gegenseitigen Wechselbeziehungen zwischen beiden die gemeinsamen Bezugspunkte zwischen den theoretischen Verankerungen dar.

Im Zusammenhang mit der Frage nach der „Regenerierung schrumpfender Städte“ lassen sich diese Verankerungen u. a. auf dreierlei Weise herstellen, anhand:

1. von institutionentheoretisch fundierten Pfadansätzen (Kap. 3.2.),
2. planungswissenschaftlichen Theorien (Kap. 3.3.) ,
3. des theoretischen Konstrukts *placemaking*; (Kap. 3.4.) .

Alle drei Verankerungen beziehen sich insofern aufeinander, als sie es erlauben, strategische Konzepte und Handlungen zur Überwindung städtischer Krisen, bzw. zur Re-

generierung schrumpfender Städte, in ihrer sozialen Kontextuierung auf der lokalen Ebene zu analysieren, und zwar aus teilweise komplementären Blickwinkeln heraus.

Der institutionentheoretische Zugriff auf Pfadentwicklungen thematisiert die Kontextbedingungen in denen die jeweiligen krisenhaften Stadtentwicklungen ebenso wie die jeweiligen Regenerierungsstrategien eingebettet sind. Ziel ist es, die institutionellen Pfade der Stadtentwicklung zu rekonstruieren, im Einzelnen sind dies insbesondere: Pfadschließungen, Persistenzen sowie Wendepunkte der institutionellen Entwicklung, die sich im Sinne einer „Regenerierung" und der sie befördernden bzw. hemmenden institutionellen Momente interpretieren lassen.

Die planungstheoretische Perspektive setzt sich mit den Handlungslogiken und Steuerungsvarianten politisch-planerischer Strategien zur Bewältigung von Schrumpfungsprozessen auseinander. In Anlehnung an den planungstheoretischen Ansatz der Strategischen Planung (Salet/Faludi 2000; Healey 1996, 1997), wie er insbesondere in der angelsächsischen Forschung zum Thema „*urban regeneration*" verfolgt wird, werden dabei insbesondere die Kopplung von unterschiedlichen Steuerungselementen sowie das Verhältnis von *government* und *governance*-Prozessen in den Blick genommen.

Das Konstrukt *placemaking* schließlich wird als ein Sonderfall möglicher Regenerierungsstrategien begriffen. Der Begriff *placemaking* beschreibt ein strategisches Handeln, das darauf abzielt, konkrete Orte mit neuen Attraktivitäten auszustatten und für bestimmte – hier: regenerative – Nutzungen bzw. Interessen in Wert zu setzen. Der gewählte theoretisch Zugriff erlaubt es, die lokalen Voraussetzungen strategischer Ortsbildungen, die eingesetzten Identitätspolitiken, die beteiligten *governance*-Prozesse sowie die Beschaffenheit der zugeordneten Akteurkonstellationen zu thematisieren.

Damit werden mehrschichtig miteinander verknüpfte, theoretisch fundierte Untersuchungen ermöglicht, die das steuernde, auf städtische Regenerierung abzielende Handeln – im Spannungsfeld zwischen etabliertem politischen Handeln (*government*) und zivilgesellschaftlich initiierten bzw. infiltrierten Steuerungsformen (*governance*) - in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Unter Bezugnahme auf konkrete sozialräumliche Strukturentwicklungen werden jeweils die Entwicklung einschlägiger Institutionen, die eingeschlagenen planungspolitischen Strategien und die soziale Konstruktion von Orten analysierbar. Querschnittsbezogen ergänzt werden diese Verankerungen von einem weiteren theoretischen Zugang, der sich über den Ansatz *„urban governance"* herstellen lässt und in allen Verankerungen eine Berücksichtigung findet.

THOMAS KUDER

3.2 Institutionentheoretisch fundierte Pfadansätze als Zugang zur Frage der „städtischen Regenerierung"

Der folgende Beitrag nähert sich dem Forschungsgegenstand der „Regenerierung schrumpfender Klein- und Mittelstädte in Ostdeutschland" von einer institutionentheoretischen Seite. Nachgegangen wird der Frage, wie sich über eine theoriegeleitete

Betrachtung einschlägiger Institutionen (d. h. Gesetze, Normen und Regeln) und deren Entwicklung eine sich materiell und strukturell niederschlagende „Regenerierung der Städte“ verstehen und erklären lässt und mit welchem Rüstzeug tragfähige empirische Analysen zu diesem Thema bewerkstelligt werden können. Ziel ist es, einen institutionentheoretisch fundierten Zugang zur Frage der „städtischen Regenerierung“ zu skizzieren.

Aus der gewählten institutionellen Perspektive heraus erscheint es zweckmäßig, eine Institution als Untersuchungsgegenstand ins Auge zu fassen, die in der weit gefasst verstandenen Handlungsarena der Stadtentwicklung und insbesondere bei der Steuerung der Stadtentwicklung durch die beteiligten Akteure Wirksamkeit entfalten kann. Sie wird im Folgenden als Institution der lokalen Planungspolitik bezeichnet.

Dabei interessieren (und begründen ein Forschungsinteresse) vor allem diejenigen institutionellen Elemente bzw. Gesetze, Normen und Regeln der „lokalen Planungspolitik“, die in prägnanter Weise zum Tragen kommen, indem sie das steuernde Handeln durch die Akteure maßgeblich mitgestalten. Über diese Mitgestaltung vermögen sie es, auf die materielle und strukturelle Entwicklung der Städte einzuwirken. Anhand dieses Theorems wird der angestrebte analytische Zugang zur Frage der „städtischen Regenerierung“ eröffnet.[3]

Die institutionellen Elemente der „lokalen Planungspolitik“, die auf die materielle und strukturelle Entwicklung der Städte einwirken, unterliegen zudem im zeitlichen Verlauf einer eigenen institutionellen Entwicklung, die sich z. B. durch lang anhaltende Kontinuität von Werten oder aber durch veränderte Rahmenbedingungen, Gesetzesänderungen oder neue, in den Akteurskreisen ausgehandelte Regeln auszeichnen kann. Diese Entwicklung der Institution der „lokalen Planungspolitik“ führt, anknüpfend an die aufgezeigten Zusammenhänge, zu einer entsprechenden Entwicklung beim steuernden Handeln der Akteure und bei der darüber hergestellten materiellen und strukturellen Entwicklung der Städte.

Im Vordergrund des Interesses steht aufgrund der gewählten Untersuchungsperspektive zunächst der institutionelle Entwicklungsprozess, insbesondere aber die Kontinuität und der Wandel bei den Gesetzen, Normen und Regeln der „lokalen Planungspolitik“ in zeitlicher Perspektive. Hierzu bedarf es eines theoretisch abgesicherten Gerüsts, das es ermöglicht, den Entwicklungsprozess, die Kontinuität und den Wandel der Gesetze, Normen und Regeln bei der Steuerung der Stadtentwicklung herauszuarbeiten. Ein als geeignet erscheinender Untersuchungsansatz für eine solche, auf eine institutionelle Entwicklung bezogene Betrachtung findet sich im Konzept der Pfadentwicklung, das, wie zu zeigen sein wird, im Grundsatz zwar reformskeptisch ist, Reformen bzw. institutionellen Wandel aber keinesfalls ausschließt.

---

[3] Dies gilt sowohl für ein weit gefasstes, jeweils „relational“ zu entwickelndes Verständnis von „Regenerierung“, als auch für ein konkret abgestecktes Verständnis einer baulich-räumlichen, demografischen sowie sozio-ökonomischen Erneuerung (siehe dazu auch die Arbeitsdefinition in Kapitel 2.4).

Das Konzept der Pfadentwicklung erlaubt es, die Entwicklungsprozesse der Institution „lokale Planungspolitik“ aus einer analytischen, zunächst nicht normativ aufgeladenen Perspektive heraus zu betrachten. Kontinuität und Wandel in der „lokalen Planungspolitik“ sind dabei als die möglichen Ausprägungen der analysierten institutionellen Entwicklung zu verstehen.

Dieser analytische Fokus öffnet allerdings erst dann einen Zugang zur Frage der sich materiell und strukturell niederschlagenden „städtischen Regenerierung“, wenn die institutionelle Entwicklung nicht für sich allein betrachtet wird. Vielmehr hat zugleich eine Kontrastierung mit der realen, sich materiell und strukturell manifestierenden Stadtentwicklung zu erfolgen, bei welcher die bereits angezeigten gegenseitigen Einflussnahmen und Wechselwirkungen herausgearbeitet werden.

Dazu bedarf es einerseits einer Analyse der Stadtentwicklung, bei der potenzielle Anlässe für institutionelle Entwicklungen im Mittelpunkt stehen. Besonderes Augenmerk dürfte dabei den Schrumpfungsprozessen der ostdeutschen Klein- und Mittelstädte zukommen. Und es bedarf andererseits einer Analyse der Stadtentwicklung, bei der die Resultate des institutionell geprägten planungspolitischen Handelns untersucht werden. Hierbei dürfte z. B. dem Stadtumbau – verstanden als eine planungs- und förderpolitisch unterlegte städtebauliche Strategie - eine gewisse Bedeutung zukommen, und es dürfte sich zugleich die Frage stellen, ob der Stadtumbau als potenzieller Beitrag zur „Regenerierung der Städte“ interpretiert werden kann. Beide analytischen Seiten der Stadtentwicklung stehen in einer komplexen, vor allem zeit- und prozessbezogenen Wechselbeziehung sowohl zur institutionellen Entwicklung (z. B. zur Einführung des Programms Stadtumbau Ost) als auch untereinander. Diese gilt es analytisch zu berücksichtigen und einzubeziehen.

Die Ergebnisse dieser Analysen erlauben dann eine Interpretation der konstatierten institutionellen Entwicklung der „lokalen Planungspolitik“ und der daraus resultierenden materiellen und strukturellen Entwicklung der Städte. Diese Interpretation wird durch eine kritische Beleuchtung der Hintergründe fundiert, bei der z. B. die Frage verfolgt wird, wer ein besonderes Interesse an bestimmten Regeln haben könnte, oder wer ein Entwicklungsproblem wann und warum artikuliert. Vor diesem kritisch reflektierten Hintergrund und eingebettet in eine begründete „Normalitätsvermutung“ lassen sich die Analyseergebnisse einer abschließenden Interpretation unterziehen und lässt sich die zentrale Frage nach der „städtischen Regenerierung“ beantworten.

3.2.1 Institutionen und die „lokale Planungspolitik“

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive lässt sich „lokale Planungspolitik“ als Institution verstehen, d. h. als soziale Rahmengebung und vorab normiertes Verhaltensmuster. Institutionen sind keine Organisationen[4] oder Akteurskonstellationen, sondern geschaffene oder entstandene „ ... Spielregeln einer Gesellschaft oder förmlicher aus-

[4] Organisationen sind „Gruppen von Einzelpersonen, die ein gemeinsamer Zweck, die Erreichung eines Zieles, verbindet“ (North 1992: 5).

gedrückt, die vom Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“ (North 1992: 3).

Diese Spielregeln umfassen formgebundene oder formlose (kodifizierte und nicht kodifizierte) „... gesellschaftliche Normen, rechtliche Regelungen und Verteilungssysteme (für Macht und/oder Ressourcen), etablierte Verfahren sowie Handlungs- und Beziehungsmuster“ (Mayntz/Scharpf 1995).

Institutionen haben bei Koordinationsbestrebungen verschiedener Akteure die Funktion, durch das Beschränken von Handlungsmöglichkeiten mittels Regeln (Gebote und Verbote), durch die damit verbundene Komplexitätsreduktion und die Schaffung einer stabilen, „Geltung“ beanspruchenden Ordnung die potenziellen Verhaltensunsicherheiten zwischen den Akteuren zu reduzieren und durch verlässliche Verhaltensmuster zu ersetzen. Ziel ist es dabei, die Koordination der Akteure untereinander effizienter zu gestalten.

Die Effizienz von Institutionen ergibt sich aus ihrer Wirksamkeit (Sanktionsfähigkeit) und den resultierenden niedrigen Transaktionskosten bei der Koordination von Tätigkeiten. Allerdings sind stabile nicht immer mit effizienten Ordnungen gleich zu setzen (North 1992: 6).

Unter der Institution der „lokalen Planungspolitik“ lassen sich alle Gesetze, Normen und Regeln fassen, die im Handlungsfeld der Stadtentwicklung und insbesondere bei der (z. B. planerischen) Vorbereitung, der (z. B. politischen) Entscheidung oder der Umsetzung von stadtentwicklungsrelevanten Handlungen eine Rolle spielen. Für das hier unterbreitete Verständnis von „lokaler Planungspolitik“ sind darüber hinaus vor allem die folgenden strukturbezogenen Erläuterungen von Bedeutung:

Stadtgestalt und Stadtstruktur werden, wie Häußermann betont, „ ... durch konkurrierende Einflussnahme der teilautonomen Systeme Kommunalverwaltung, Boden- und Wohnungsmarkt sowie privatwirtschaftliche Investitionen ... geprägt“ (Häußermann 1997: 91). In Anlehnung daran kann zudem das maßgeblich institutionell geprägte lokale planungspolitische Handeln und damit letztlich auch die Institution der „lokalen Planungspolitik“ zunächst einmal als ein von konfligierenden Interessen und Machtansprüchen geprägter Aushandlungsprozess verstanden bzw. interpretiert werden.[5]

Die Institution der „lokalen Planungspolitik“ mit ihren Gesetzen, Normen und Regeln erfasst des Weiteren die verschiedenen Dimensionen der lokalen städtischen Entwicklung. Diese können - selbst bei einer Begrenzung auf eine sich materiell und strukturell niederschlagende Entwicklung - so unterschiedliche, institutionell zu regelnde Fragen hervorbringen wie etwa das Entstehen und selbstverwaltete Entwickeln einer kreativen Musikszene in einer alten Fabrikanlage, die Planung eines neuen Einfamilienhausgebietes am Reißbrett oder die Genehmigung einer elektrischen Überlandleitung. Dieser Vielfalt entspricht ein breites Spektrum an verschiedenen Akteuren und Akteurskons-

---

[5] Zu fragen wäre allerdings auch, ob sich tatsächlich keine weiteren Einflussnahmen z. B. der Zivilgesellschaft oder des Staates feststellen lassen, die eine eigenständige Wirksamkeit entfalten.

tellationen, die in die Entwicklungsvorgänge involviert und zugleich Träger von institutionellen Arrangements sind.

Neben der alles umfassenden und daher zentralen Handlungsarena der Stadtentwicklung lassen sich auch verschiedene themen- bzw. ortsbezogene Handlungsarenen identifizieren und konkret abstecken wie z. B. Stadtumbau, Städtebaulicher Denkmalschutz oder Quartiersentwicklung.[6] Dabei ist davon auszugehen, dass jede Handlungsarena eine eigene Konstellation von Akteuren, Einflussnahmen und Aushandlungsprozessen aufweist. So dürfte sich z. B. die Einflussnahme der organisierten Wohnungswirtschaft im Stadtumbau und der resultierende Aushandlungsprozess grundlegend von der Mitwirkung der Einzeleigentümer bei Aushandlungsprozessen im Städtebaulichen Denkmalschutz unterscheiden. Auch ist davon auszugehen, dass es zwischen verschiedenen Handlungsarenen zu Wechselwirkungen kommen kann.[7] In ihrer Gesamtheit bilden dann alle diejenigen Gesetze, Normen und Regeln die Institution der „lokalen Planungspolitik“, die in und auch zwischen den verschiedenen Handlungsarenen mit ihren jeweiligen Akteuren, Einflussnahmen und Aushandlungsprozessen Wirksamkeit entfalten.

In ihrem institutionellen Kern beinhaltet die „lokale Planungspolitik“, eingebettet in die allgemeinen gesellschaftliche Rahmenbedingungen, nicht zuletzt alle auf die lokale Entwicklung der Städte bezogenen formellen rechtlichen Regelungen, so z. B. die verfassungsrechtlich verankerte kommunale Planungshoheit oder die im Baugesetzbuch festgeschriebene Bauleitplanung. Sie umfasst weiterhin die in diesem Stadtentwicklungszusammenhang Verwendung findenden, mehr oder weniger informellen Normen, wie z. B. Leitbilder oder Verhaltensregeln in Planungsworkshops, weiter die etablierten Verfahren, z. B. zur Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts unter Beteiligung der Bürger oder auch die gängigen Handlungs- und Beziehungsmuster, also z. B. die Kommunikationswege in formellen Planungsprozessen oder anerkannte Netzwerkstrukturen planungsbeteiligter Akteure usw.

Anhand dieser beispielhaft genannten Gesetze, Normen und Regeln wird zudem deutlich, dass die benannten Handlungsarenen in horizontaler Betrachtung jeweils eigene Akteurskonstellationen, Einflussnahmen und Aushandlungsprozesse aufweisen und in vertikaler Betrachtung zudem verschiedenen Einflussnahmen unterschiedlicher politischer Handlungs- und Organisationsebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen) unterliegen. Beide entfalten auf der lokalen Ebene der Stadtentwicklung in einem komplexen und eigentümlichen Zusammenspiel Wirksamkeit und prägen entscheidend die institutionelle Logik der „lokalen Planungspolitik“.

---

[6] Diese Handlungsarenen sind in jüngerer Zeit immer wieder Gegenstand bzw. Bezugsgrößen der empirischen Forschung der Forschungsabteilung 4 des IRS gewesen. Allerdings ist eine detaillierte Rekonstruktion der Entstehung und Strukturierung dieser Arenen im Rahmen der meist anwendungsbezogenen Forschungsprojekte bislang nicht zu leisten gewesen.

[7] Auf einem höheren Abstraktionsniveau kann es möglicherweise auch, eingebettet in ein ganzes Institutionensystem, zu interdependenten Einflussnahmen zwischen verschiedenen institutionellen Arrangements kommen, die unabhängig voneinander bestehen, z. B. in der regionalen Wirtschafts- und lokalen Planungspolitik.

Für das gegenstandsbezogene Verständnis der „lokalen Planungspolitik“ und der dadurch geprägten materiellen und strukturellen Stadtentwicklung werden in diesem zuletzt genannten Zusammenhang vor allem zwei Faktoren als bedeutsam erachtet:

Zum Einen ist dies die verfassungsrechtlich geschützte Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden nach Art. 28 des Grundgesetzes. Einer der zentralen Bausteine dieser Selbstverwaltung ist die kommunale Planungshoheit, die den Gemeinden das Recht zusichert, ihre Planungsbelange innerhalb der vorgegebenen übergeordneten Zielsetzungen sowie der rechtlich bindenden Gesetzgebung selbstständig wahrzunehmen und zu regeln.

Zum Anderen ist dies die Überlagerung der kommunalen Selbstverwaltung, wie von wissenschaftlicher Seite konstatiert wird, durch Zunahme der staatlichen Einflussnahme auf kommunale (Planungs-) Belange und eine zunehmende Abhängigkeit der Kommunen von den politisch-administrativen und insbesondere den fiskalischen Vorgaben des Staates (Bund und Bundesländer). Diese haben sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts herausgebildet und deutlich verstärkt (Siebel 2004: 32f.; Wollmann 2004: 359ff.). Folgt man diesem Gedanken, so ist auch über die Aufgabe der Gesetzgebung hinaus von einer ausgeprägten staatlichen Einflussnahme auf die inhaltliche Gestaltung der Normen und Regeln in der „lokalen Planungspolitik“ auszugehen. Zugleich dürften diesbezüglichen kommunalen Gestaltungsspielräumen enge Grenzen gesetzt sein.

Der konkrete institutionelle Wandel und die konkreten städtischen Formen, d. h. die materiellen (z. B. baulich-räumlichen) und strukturellen Ausprägungen (z. B. Wirtschaftsstruktur, Sozialstruktur etc.) als analysierbare, objektiviert zu beschreibende Ergebnisse stattgefundener Entwicklungen, resultieren demnach aus den genannten und weiteren denkbaren Einflussnahmen sowie aus komplexen Aushandlungsprozessen unter den Akteuren.

Vereinfacht ausgedrückt schlagen sich dabei die Gesetze, Normen und Regeln der „lokalen Planungspolitik“ in Folge auch materiell und strukturell in den Städten nieder. Im Gegenzug ist auch davon auszugehen, dass die baulich-räumliche und strukturelle Gestalt der Stadt, indem sie Anlässe und Gelegenheiten zum sozialen Handeln (z. B. zur Problemanalyse und zum Planen) bietet, einen Einfluss auf die „lokale Planungspolitik“, deren Koordinationsfähigkeit, Effizienz und Weiterentwicklung ausüben kann (z. B. indem aufgrund bestimmter Probleme neue Leitbildideen initiiert werden). Stadtgestalt und Stadtstruktur stehen somit mit der Institution, hier der „lokalen Planungspolitik“, in einer komplexen Wechselbeziehung.

3.2.2 Institutioneller Wandel und Probleme des Wandels

„Institutioneller Wandel bestimmt die Art und Weise der Entwicklung von Gesellschaften über die Zeit und ist somit der Schlüssel zum Verständnis historischen Wandels“ (North 1992: 3).

Es gibt unterschiedliche Anlässe für einen institutionellen Wandel und unterschiedliche Erscheinungsformen eines solchen. Zunächst ist davon auszugehen, dass Institutionen keinesfalls über eine längere Zeit unverändert bestehen, sondern einem ständi-

gen, allerdings in der Reichweite eng begrenzten „evolutionären“ Wandel unterliegen (North 1992: 105).

In Ausnahmenfällen kann es allerdings auch zu einem außergewöhnlich weitreichenden „revolutionären“ Wandel kommen (North 1992: 105), z. B. durch drastische Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (z. B. 1989 in der DDR) oder der Umweltbedingungen (z. B. bei Naturkatastrophen).

In letzter Konsequenz allerdings ist institutioneller Wandel im Kontext solcher oder ähnlicher Ereignisse immer auf nachhaltige Veränderungen zurückzuführen, wie zum Beispiel auf „relative Preisänderungen“ (z. B. bei der politisch und kulturell vermittelten Bewertung von Altbauten) oder das Auftauchen grundlegend neuer Ideen (z. B. neuen Leitbildideen zur Stadtentwicklung), Ideologien (dito) und veränderten Präferenzen (z. B. bei Wohnbedürfnissen oder Lebensqualität).

Die „Events“ oder „Schocks“, die letztlich einen institutionellen Wandel initiieren, können exogener Natur sein. Dies ist z. B. der Fall, wenn sich in Folge der Transformation im Zuge der deutschen Einheit die Institution der „lokalen Planungspolitik“ drastisch wandelt und sich z. B. Eigentumsverhältnisse, Baurecht oder weitreichende Entwicklungskonzepte grundlegend verändern. Auch wenn es aus wirtschaftlichen Gründen zu einer Abwanderung der Bevölkerung kommt, die vor dem Hintergrund bestimmter Normalitätsvermutungen und Interessen erhebliche Probleme für die „lokale Planungspolitik“ aufwirft, dürfte es sich um einen exogenen Schock handeln, der z. B. durch neue Förderprogramme oder Leitbildideen einen institutionellen Wandel hervorrufen kann.

Auslösende Ereignisse eines institutionellen Wandels können allerdings auch, wie vor allem in den neueren Forschungen zum „historischen Institutionalismus“ argumentiert wird, endogener Natur sein und auf eigenen Reformbestrebungen aufgrund alter oder neuer Reformideen beruhen (Deeg 2001: 11). Zum Beispiel könnte ein endogen initiierter institutioneller Wandel im Bereich der „lokalen Planungspolitik“ die grundlegende Überarbeitung eines aus eigener Überzeugung in Frage gestellten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes sein oder auch eine durch wissenschaftliche Untersuchungen fundierte Reform der Städtebauförderinstrumente.

So wichtig es für die beteiligten Akteure auch ist, sich auf den Fortbestand, die Stabilität und die Geltung von Institutionen verlassen zu können, so wichtig scheint doch ihr Wandel zu sein. Institutionen müssen demnach Flexibilität und Freiheitsspielraum für einen Wandel der Gesetze, Normen und Regeln aufweisen, damit z. B. unter sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine nach Effizienz strebende Koordination gewährleistet werden kann. Entwicklung vollzieht sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen Stabilität und Flexibilität und verläuft als Entwicklungspfad in einem Korridor zwischen einem Höchstmaß und einem Mindestmaß an strategischer Unsicherheit, der einen Wandel letztlich ermöglicht (Kiwit/Voigt 1995: 4f.).

Relative Stabilität von Institutionen, z. B. durch lang andauernde Kontinuität bei der Gültigkeit von Gesetzen, stellt sich allerdings weniger durch ein rationales ökonomisches Kalkül ein, als vielmehr durch „kognitive Beschränkungen der Akteure hinsicht-

lich der Aufnahme und Verarbeitung von Informationen“ (Kiwit/Voigt 1995: 11). Hier ließe sich z. B. auf die oftmals sehr lange Durchsetzungsdauer einer für erforderlich erachteten Gesetzesänderung (z. B. Eigenheimförderung) hinweisen. Da vollständige Information kaum realisierbar erscheint und die Individuen kaum in der Lage sein dürften, alle bestehenden Handlungsalternativen zu kennen, geht man davon aus, dass sie die Regeln so lange einhalten, wie die „Schmerzgrenze“ noch nicht überschritten ist (bzw. die Opportunitätskosten der Regeleinhaltung kein kritisches Maß erreicht haben).

Rationales Kalkül setzt erst ein, wenn die „Schmerzgrenze“ überschritten wird und das Individuum sich vor die Wahl gestellt sieht, die Regeln trotzdem einzuhalten, die Regeln zu brechen oder auf eine Regeländerung hinzuwirken. Im Falle des beabsichtigten Regelbruchs oder der beabsichtigten Regeländerung in einer Institution steht das Individuum allerdings auch vor dem Problem des kollektiven Handelns, das es bewältigen muss, wenn es zu einer Änderung einer gemeinschaftlich getragenen Institution kommen soll (Kiwit/Voigt 1995: 11f.).[8]

Die Möglichkeit eines institutionellen Wandels wird demnach beeinflusst von einer beschränkten Rationalität, vom weitgehenden Fehlen eines ökonomischen Kalküls und vom Problem des kollektiven Handelns. Zudem muss in Betracht gezogen werden, dass eine institutionelle Entwicklung einer Pfadabhängigkeit unterliegen kann (Kiwit Voigt 1995: 12).

3.2.3 Pfadabhängigkeit und Pfadentwicklung

Pfadabhängigkeit bedeutet, dass mit dem Beginn einer bestimmten Entwicklung bereits grundlegende Richtungsentscheidungen getroffen werden, von denen die weitere Entwicklung entscheidend geprägt wird. Institutionen, wie etwa die „lokale Planungspolitik“, sind demnach immer auch das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses. Pfadabhängigkeit gilt als ein sich selbst verstärkendes, dynamisches Phänomen. Institutioneller Wandel kann folglich nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt frei von Beschränkungen allein auf ein momentan gedachtes Optimum hin ausgerichtet werden, sondern wird immer auch durch bestehende Institutionen bzw. einen eingeschlagenen, bislang bewährten Pfad beeinflusst.

Soll ein eingeschlagener Entwicklungspfad verlassen werden, dann sind erhebliche, allerdings oft nur schwer zu akzeptierende Transaktionskosten die Folge. Dies kann dazu führen, dass ein erforderlicher Pfadwechsel unterbleibt und suboptimale Institutionen verfestigt werden, weil entwicklungshemmende Persistenzen einem weitreichenden institutionellen Wandel im Wege stehen.

---

[8] Das Problem des kollektiven Handelns besteht darin, dass vermeintlich rational handelnde Individuen i.d.R. nicht bereit sind, erhebliche Anstrengungen für das Erreichen kollektiver Ziele zu unternehmen. Die Existenz gemeinsamer Interessen reicht nicht aus, um ein effektives kollektives Handeln zu initiieren. Vielmehr versuchen die Individuen, mit einem möglichst geringen Eigenanteil aus den kollektiven Leistungen einen eigenen Nutzen zu ziehen (Heidelberger Online Lexikon der Politik, zuletzt zitiert am 09.01.2005).

Zum Beispiel ist das in über einhundert Jahren herausgearbeitete Konzept der Funktionstrennung, das in den 1960er Jahren in der Baunutzungsverordnung rechtlich festgeschrieben wurde, bis heute nahezu unverändert geblieben. Es ist auch beibehalten und nur wenig modifiziert worden, als es die ursprünglich auslösenden Probleme mit Gemengelagen (Industrie/Wohnen) kaum noch gab, dafür aber aufgrund der realisierten Funktionstrennung viele Probleme mit monostrukturell verödeten Stadtgebieten entstanden. Das Konzept ist beibehalten worden, obwohl die in der Planungsrealität verfolgte Zielorientierung längst von Funktionstrennung zu Nutzungsmischung gewechselt hatte. Die Beibehaltung wurde u. a. damit begründet, dass sich Funktionsmischungen letztlich doch auch mit den bestehenden, für zentral erachteten Regeln erreichen ließen. Für dieses Beispiel ließe sich ohne Zweifel institutionentheoretisch eine Pfadabhängigkeit aufzeigen, denn ausschlaggebend für das Ergebnis war weniger das aktuelle Problem als vielmehr der früher eingeschlagene funktionsorientierte Pfad.

Das Konzept der Pfadabhängigkeit stellt somit eine weitreichende Reformskepsis in einer zeitbezogenen Perspektive dar, die vor allem im ursprünglichen „historischen Institutionalismus“ von zentraler Bedeutung war. Der analytische Fokus liegt dabei auf den historischen Kausalitäten und der Reproduktion bestehender Strukturen in einem letztlich irreversiblen institutionellen Rahmen, in dem zwar Veränderungen, kaum aber weitreichende Pfadwechsel möglich scheinen.

In der neueren sozialwissenschaftlichen Adaption des Pfadkonzeptes verändert sich dieser analytische Fokus. Im Vordergrund steht nunmehr eine weniger reformskeptische sowie weniger normative und deterministische, auf Kausalitäten abzielende Sichtweise von Pfadentwicklungsprozessen. An ihre Stelle getreten ist eine eher wertneutrale und komparative Analyse von Entwicklungsprozessen, die auch endogene Reformbestrebungen wahrzunehmen versteht (Pierson: 2000, referiert nach Bernhardt 2003a 89ff.; Deeg 2001).

Ein institutioneller Pfad wird durch Institutionen wie die „lokale Planungspolitik“ und deren Wandel im Zeitverlauf gebildet. Er definiert sich über seine ihm eigene „Systemlogik“ bzw. seine typische Funktionsweise, die sich insbesondere aus seinen zentralen Handlungsroutinen und Kooperationsformen, Leitbildern u.ä. bilden, die in ein spezifisches Institutionengefüge (z. B. auch in diesbezügliche Akteurskonstellationen) eingebettet sind.

Eine neue Pfadentwicklung kann endogen und exogen entstehen, geplant oder ungeplant, und kann sowohl auf evolutionärem als auch auf revolutionärem Weg einsetzen. Meist steht jedoch ein institutioneller Bruch am Anfang (z. B. Institutionenwandel im Rahmen des deutsch-deutschen Transformationsprozesses).

Nach einem analytischen Sequenzmodell lassen sich drei Phasen eines Pfadverlaufes unterscheiden (Pierson 2000, referiert nach Lehmbruch 2002: 15f.):

a) Die Anfangsphase wird als Institutionenbildung, Genese oder Weichenstellung bezeichnet, in der sich die Systemlogik ausbildet. In dieser Phase, die in einer „eigentümlichen Machtkonstellation“ entsteht, sind potenziell verschiedene Optionen für institutionelle Pfade möglich. Erst wenn es in dieser Phase zu einer „Schlie-

ßung“ kommt, erfolgen bestimmte Pfadfestlegungen, womit zugleich alternative Pfadentwicklungen und Optionen ausgeschlossen werden. In dieser Phase können strategische Kalküle im Rahmen der historischen Ausgangssituation vorherrschen, die nicht vergleichbar sind mit den Kalkülen in der späteren Reproduktionsphase.

b) Auf dem neuen Pfad muss sodann in einer zweiten Phase, in welcher kausale Mechanismen der Selbstreproduktion wirksam werden, eine sich selbst reproduzierende institutionelle Stabilität erreicht werden. Die Institution erfährt „increasing returns“ und „positive feedback“. Im engeren, mikroökonomischen Sinne sind „increasing returns“ steigende Erträge. In der sozial- bzw. politikwissenschaftlichen Adaption greift diese Vorstellung aber zu kurz, weil die aggregierten Nutzenkalküle allein in nicht primär ökonomischen Institutionen kaum eine Pfadabhängigkeit erklären können. Vielmehr ist Pfadabhängigkeit vor allem als das Ergebnis „eigentümlicher Machtkonstellationen“ zu verstehen (Lehmbruch 2002: 15).

   Bildet sich als Ergebnis eines konflikthaften Aushandlungsprozesses in einer bestimmten Machtkonstellation eine tragfähig erscheinende, von einem expliziten oder impliziten Konsens und einer Art Machtgleichgewicht getragene Handlungsoption heraus und bewährt sich diese in Folge, dann entspricht dies etwa den Effekten von „increasing returns“. Neue Handlungsoptionen und einen Pfadwechsel zu einem neuen Konsens und Machtgleichgewicht bringen zu wollen, brächte an dieser Stelle hohe Kosten mit sich. Die Schwelle zu einem solchen Schritt würde sich dadurch erhöhen und es entstünde Pfadabhängigkeit (Lehmbruch, 2002, 13).

   Die Existenz von „increasing returns“ und „positive feedback“ kann somit als Grundvoraussetzung und zentrales Merkmal einer Pfadabhängigkeit erachtet werden.

   Zu den „positiven Rückkopplungen“, die zur selbstverstärkenden Reproduktion beitragen, werden in der wirtschafts- wie in der sozialwissenschaftlichen Adaption des Konzeptes folgende Faktoren gezählt (Arthur 1989; Bassanini/Dosi 2001: 57-62, referiert nach Lehmbruch 2002: 14f.; Pierson 2000, referiert nach Deeg 2001: 9f.):

   1. Hohe Startkosten wecken die Erwartung an die Amortisierung der Investitionen.

   2. Lerneffekte treten auf. Durch Anwendung und Einübung entsteht eine höhere, positiv zu bewertende Effizienz.

   3. Je mehr Gleichgesinnte sich einem institutionellen Arrangement anschließen, desto mehr kommt es zu positiven Koordinierungseffekten und sich selbst verstärkenden Netzwerkeffekten, insbesondere bei Technologien, die an komplexe Infrastrukturen geknüpft sind.

   4. Ein erfolgreiches institutionelles Arrangement weckt adaptive Erwartungen dahingehend, dass sich andere Akteure dem institutionellen Arrangement anschließen.

Es erscheint logisch, dass Erfolge und positive Rückmeldungen dazu beitragen, dass die Opportunitätskosten kein kritisches Maß erreichen, dass ökonomische Kalküle vernachlässigt werden und die Rationalität der Institution wenig hinterfragt wird, wodurch sich zwar stabile, aber vielleicht auch suboptimale Pfade verfestigen können. Weiterhin erscheint es logisch, dass im Zuge eines einmal eingeschlagenen Pfades Investitionen in Sachwerte, in Humankapital sowie in die Bildung von sich selbst verstärkenden Netzwerken vorgenommen werden, die einen Pfadwechsel aufgrund der - dazu erforderlichen - zunehmend höheren Transaktionskosten erheblich erschweren.

Auch in dieser Phase kommt es zu einem ständigen institutionellen Wandel, allerdings nur in begrenztem Umfang („bounded change“) .

c) Ein neuer Pfad wird auf Dauer aber nur bestehen können, wenn bei neuen internen oder externen Herausforderungen und einer Erschütterung des Gleichgewichtes in einer dritten Phase entsprechende interne Innovationen der Systemlogik erfolgen, d. h. wenn diese Systemlogik modernisiert wird. Diese „Wendepunkte“ innerhalb von Pfadentwicklungen sind von besonderem Interesse, weil hier jeweils die entscheidenden Handlungsspielräume bestehen und Richtungsentscheidungen getroffen werden können (Bernhardt 2003b).[9]

In dieser dritten Phase kann es angesichts neuer Herausforderungen aber auch zum Versagen der (internen) Reproduktionsmechanismen oder zu (externen) Schocks kommen, die zu einem institutionellen Zusammenbruch und in Folge zu einem Pfadwechsel bzw. institutionellen Wandel führen.

3.2.4 Vorläufige Untersuchungsthesen und leitende Fragestellung

Nach einer ersten Sichtung des ausgebreiteten Untersuchungsfeldes ergeben sich die folgenden vorläufigen Untersuchungsthesen zur Pfadentwicklung der „lokalen Planungspolitik“ und der daraus resultierenden materiellen und strukturellen Stadtentwicklung (mit einer besonderen Bezugnahme auf Ostdeutschland):

1. Mit der Ausdifferenzierung von Städtebau und Stadtplanung, kommunaler Planungshoheit und einem sozial- und wohlfahrtsstaatlich engagierten Staat bildet sich die bis heute bestehende (bzw. teilweise wieder bestehende) Logik der spezifischen „lokalen Planungspolitik“ als institutionelles Arrangement der Akteure für den Umgang mit der Stadtentwicklung heraus. Damit wird ein spezifischer Entwicklungspfad beschritten und es kommt zu einer Schließung (z. B. indem die Option einer Stadtentwicklung, die dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleibt, ausgeschlossen wird).

2. Viele Städte in den alten und neuen Bundesländern verfügen über eine bis 1945/1949 in wesentlichen Zügen vergleichbare Geschichte in der Stadtentwicklung

---

[9] Die Forschung hat noch keine präzise analytische Begrifflichkeit für Varianten von Pfadentwicklungen erbracht, die über z. B. Aufstieg, Stagnation, Niedergang etc. hinausgingen (Bernhardt 2003b).

und „lokalen Planungspolitik“. Aufgrund der unterschiedlichen Planungspolitik und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik und der DDR bis 1989 weisen sie aber jeweils auch eigenständige Strukturen auf, die deutlich voneinander abweichen.

3. Diese andere Ausgangslage führt dazu, so ist zu vermuten, dass auch die neuere Stadtentwicklung zunächst keine vollständige strukturelle Angleichung des „Ostens“ an den „Westen“ im Sinne einer nachholenden Modernisierung erbringt, sondern zumindest in Teilen eher eine Annäherung auf der Basis eines letztlich eigenständigen Typus von Stadt und Stadtentwicklung erfolgt (Häußermann 1997: 92).[10]

4. Mit den Ereignissen von 1989, der Auflösung der DDR, der deutschen Einheit und den nachfolgenden Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern kommt es zu einem einschneidenden Umbruch der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der als externes Ereignis auf die „lokale Planungspolitik“ einwirkt.

5. Eine zweite einschneidende externe Herausforderung für die „lokale Planungspolitik“ stellt sich durch das Feststellen von Schrumpfungsmerkmalen und deren Wirkungsgefüge, u. a. vermittelt über konkrete stadtplanerische und strukturelle Problemlagen in den Städten. Diese sind allerdings kritisch zu hinterfragen, denn auch das Feststellen von Problemen unterliegt Normalitätsvermutungen, Interessen, Machtkonstellationen und normativen Setzungen etc.

6. Anzunehmen ist, dass sich bei beiden Ereignissen aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen Inkontingenzen zwischen den auftretenden Problemen und dem vermeintlich problemorientierten Handeln ergeben haben sowie – unter den benannten relationalen Einschränkungen - Effizienzprobleme bei der lokal- und planungspolitischen Koordinationsaufgabe „Stadtentwicklung“ aufgetreten sind.

Für die leitende Fragestellung zur Analyse der Pfadentwicklung der „lokalen Planungspolitik“ als theoriegeleitetem Zugang zur Frage der städtischen Regenerierung ergibt sich eine grundsätzliche Zweiteilung: Auf der einen Seite gilt es, insbesondere anhand wesentlicher Steuerungsvorgänge der Stadtentwicklung, die jeweiligen institutionellen Entwicklungen der „lokalen Planungspolitik“ zu untersuchen. Auf der anderen Seite ist, vor allem anhand verfügbarer Daten und ausgewählter Sekundärliteratur, die reale, sich materiell und strukturell niederschlagende Stadtentwicklung (als Anlass und als Resultat institutioneller Entwicklungen) zu analysieren. Zudem gilt es, in ausgewählten, analytisch zu bestimmenden Phasen der Stadtentwicklung die jeweiligen Wechselbeziehungen zwischen institutioneller Entwicklung und materieller bzw. struktureller Stadtentwicklung zu untersuchen und auszuarbeiten.

Aus den aufgezeigten Thesen zur Pfadentwicklung der „lokalen Planungspolitik“ ergibt sich, dass, neben der erforderlichen „Hinterfütterung“ der ursprünglichen institu-

---

[10] Geradezu ironisch mutet die sich jüngst abzeichnende Umkehrung der ehemals feststehenden Behauptungen zur Modernisierungsrichtung an: Da sich mittlerweile herumgesprochen hat, dass auch westdeutsche Städte schrumpfen, wird den ostdeutschen Städten jetzt ein Erfahrungsvorsprung im Erleiden sowie auch im Umgang mit Schrumpfungsproblemen zugeschrieben (Doehler-Behzadi 2004). Inwiefern der Osten diesbezüglich tatsächlich zum Modernisierungsmodell avancieren kann, bleibt allerdings weiterhin fraglich.

tionellen Logik und der frühen Pfadrekonstruktion (Startphase, Schließung, *increasing returns* etc.), der Schwerpunkt der Betrachtung auf den jüngeren Phasen der institutionellen Erschütterung liegt, die mit dem Fall der Mauer 1989 bzw. der deutschen Einheit im Jahr 1990 ihren Anfang genommen haben.

Dabei drängen sich nach vorläufiger Einschätzung vor allem zwei zeitliche Phasen in den Vordergrund, die bei der Analyse der „lokalen Planungspolitik" von besonderem Interesse sein dürften: der Umbruch von 1989 und das Auftreten bzw. die bewusste Wahrnehmung von Schrumpfungsmerkmalen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre:

1. Im Falle des Umbruchs von 1989 lässt sich auf verschiedene Forschungen rekurrieren, die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch von einem „revolutionären" Ereignis und einem institutionellen Wandel sprechen.

   Allerdings stellt sich hier die Frage, ob sich nicht nur ein Entwicklungsmodell, sondern auch eine zurechenbare Pfadentwicklung als generell übertragbar darstellt, oder ob es jenseits des grundlegenden Wandels in der Gesellschaft auch „widerständige" Kontinuitäten, hier in der Institution der „lokalen Planungspolitik", gibt, die auf Persistenzen älterer Institutionen, Denkweisen und Handlungsorientierungen zurückzuführen sind.

   Darüber hinaus stellen sich in diesem Kontext Fragen nach

   - der Rekonstruktion des institutionellen Pfades der „lokalen Planungspolitik" und ggf. einzelner Handlungsarenen mit ihren zentralen Normen, Gesetzen und Regeln, ihren *increasing returns* und *positive feedbacks*, ihren Persistenzen und Kontinuitäten sowie ihren zentralen Wendepunkten und institutionellen Umbrüchen,

   - der Rekonstruktion der damit in Verbindung stehenden materiellen und strukturellen Stadtentwicklung (Anlässe und Resultate der institutionellen Entwicklung) und deren Wechselbeziehung zur institutionellen Entwicklung,

   - der Rolle der bis 1989 entstandenen Stadtentwicklungsstrukturen. Dies betrifft insbesondere die grundsätzlich als persistent bekannten baulich-räumlichen, aber auch verschiedene strukturelle (z. B. wohnungswirtschaftliche) Charakteristika.

2. Im Falle der auf die Stadtentwicklung bezogenen, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wahrgenommenen und später als Problem benannten Schrumpfungsmerkmale stellt sich vordringlich die Frage,

   - ob sie, im Sinne eines Entwicklungsanlasses, einen relevanten Einfluss auf die institutionelle Entwicklung der „lokalen Planungspolitik" erlangt haben,

   - wie sich die institutionelle Pfadentwicklung in ihren wesentlichen Merkmalen gestaltet hat,

- ob in der „lokalen Planungspolitik“ und ihren Handlungsarenen „alles beim Alten“ geblieben ist, ob es eine Modifikation/Stabilisierung oder einen Pfadwechsel/institutionellen Wandel gab/gibt. Hierbei ist auch die Möglichkeit einer inhomogenen Pfadentwicklung, d. h. einer Ausdifferenzierung in der „lokalen Planungspolitik“ mit in Betracht zu ziehen.

Abschließend gilt es dann auch für diese Entwicklungsphase

- eine Rekonstruktion der materiellen und strukturellen Stadtentwicklung zu betreiben und

- die Wechselbeziehung zwischen materieller/struktureller und institutioneller Entwicklung zu analysieren.

3.2.5 Der institutionentheoretische Zugang zur städtischen Regenerierung

Abschließend lässt sich der institutionentheoretische Zugang zur Frage einer auch materiellen und strukturellen städtischen Regenerierung wie folgt zusammenfassen:

Angenommen wird zunächst eine koordinatorische Ineffizienz der Institution der „lokalen“ Planungspolitik in den benannten Umbruchzeiten, insbesondere nach 1989 und in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Diese resultiert im Wesentlichen aus einer Inkontingenz zwischen objektiv feststellbaren Stadtentwicklungsmerkmalen (z. B. rückläufigen Zahlen bei den Gewerbeanmeldungen, die sich materiell und strukturell niederschlagen und sich relational betrachtet als Problem interpretieren lassen) und dem darauf bezogenen, institutionell geprägten sozialen Handeln (z. B. der wachstumsorientierten Planung und Ausweisung neuer Gewerbeflächen).

In einer zunächst nicht normativ aufgeladenen und interpretierten Form sind nunmehr potenziell die folgenden (entsprechende materielle und strukturelle Entwicklungen nach sich ziehenden) institutionellen Entwicklungsprozesse möglich:

a) Prozesse einer kontinuierlichen institutionellen Stabilität und nicht abweichenden Pfadentwicklung (z. B. im Sinne von: „Das Wachstum könnte ja noch einsetzen, also machen wir weiter so wie bisher“),

b) Prozesse einer modifizierenden institutionellen Anpassung und Stabilisierung in Fortsetzung der bestehenden Pfadentwicklung und unter weitgehender Beibehaltung des bestehenden institutionellen Arrangements,

c) Prozesse eines weitreichenden institutionellen Pfadwechsels und Wandels des institutionellen Arrangements (z. B. durch neue Förderprogramme, Gesetze, Leitbilder o.ä.).

Diese - analytisch betrachtet - möglichen institutionellen und in Folge materiellen und strukturellen Entwicklungsprozesse können, eingebettet in den Kontext bestehender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, sodann an den vorherrschenden Normalitätsvermutungen, Realitätskonstruktionen, strategischen Interessenkonstellationen und den mehr oder weniger allgemein akzeptierten normativen Setzungen im Handlungsfeld

der Stadtentwicklung gemessen werden. Eine solche der Relativierung dienende Betrachtung bedarf einer fundierten Aufbereitung, die jeweils konkret auf die ausgewählten Untersuchungsfragen zugeschnitten wird.

In der Folge lassen sich die potenziell möglichen Entwicklungen interpretieren und können als Beitrag zu einer institutionellen und einer daraus resultierenden materiellen (z. B. baulich-räumlichen) und strukturellen „städtischen Regenerierung“ verstanden werden.

MANFRED KÜHN

3.3 Strategien der Regenerierung schrumpfender Städte – ein planungswissenschaftlicher Ansatz

3.3.1 Regenerierungsstrategien als Ansatz der strategischen Planung

Die westeuropäischen Planungswissenschaften gehen seit den 1980er Jahren angesichts der allgemeinen Trends zur Globalisierung, Neoliberalisierung und Deregulierung von einer abnehmenden Steuerungsfähigkeit der Stadt- und Regionalentwicklung durch die öffentliche Hand aus. Nach einer Phase der Planungseuphorie in den 1970er Jahren dominierte in den 1980er und 1990er Jahren die planungsskeptische Kritik an den Steuerungsproblemen und Umsetzungsdefiziten einer integrativen Gesamtplanung (*comprehensive planning*) (Albers 1993). In den 1990er Jahren wurde unter dem Einfluss der paradigmatischen Ansätze des *communicative turn* (Healey 1996) bzw. der *collaborative planning* (Healey 1997) die Rolle der öffentlichen Planung zugunsten privater Akteure stark zurückgenommen. In einigen europäischen Städten und Regionen kommt es seit den 1990er Jahren gleichzeitig zu einem Revival der „Strategischen Planung“ (Fassbinder 1993; Healey et al. 1999; Salet/Faludi 2000). Was lässt sich darunter verstehen?

Als „Strategie“ wird allgemein ein planvolles Handeln bezeichnet, das die Bedingungen zur Erreichung eines Zieles analysiert und die Auswahl von Instrumenten davon flexibel abhängig macht. Das Konzept der Strategischen Planung besteht aus der Kombination von zwei komplementären Ebenen bzw. Planungsphasen:

- einer langfristigen Zielbestimmung durch Formulierung integrativer Visionen bzw. Leitbilder für die Gesamtstadt;

- der Durchführung kurzfristiger, strategischer Projekte („Schlüsselprojekte“) mit klar definiertem Akteurs-, Raum-, Zeit- und Maßnahmenbezug in Teilgebieten der Stadt.

Das Konzept der Strategischen Planung versucht damit ähnlich dem „perspektivischen Inkrementalismus“ (Sieverts/Ganser 1993) einen „Steuerungs-Mix“ (Keim u. a. 2003) zwischen:

- dem großen Masterplan *(comprehensive planning)* und den kleinen Schritten *(disjointed incrementalism)*, den langfristigen Leitbildern und der kurzfristigen Umsetzung,
- den langfristigen Leitbildern und kurzfristigen, operativen Projekten,
- planerisch fixierten Zielen und flexiblen Lernprozessen,
- flächendeckenden Planwerken und punktuellen Interventionen.

Theorie und Praxis der *urban regeneration* in Großbritannien basieren maßgeblich auf dem Konzept der strategischen Planung. So greift auch die Definition von Roberts/Sykes 2000 (Kap. 2) die beiden Kernelemente des Konzeptes auf:

Leitbilder

Leitbilder *(visions)* haben vor allem zu Beginn von Planungsprozessen wichtige konsensstiftende und handlungsleitende Funktion für die Integration verschiedener Akteure und Ressorts (Kuder 2004). Am Beispiel der Regenerierungspolitik in der Stadt Pittsburgh wurde das Vorhandensein gemeinsamer Leitbilder als ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Bewältigung des Strukturwandels identifiziert (Kunzmann 1993: 18). Auch im Fall von Manchester wird die konsensuale Erarbeitung einer langfristigen Vision der Stadtentwicklung als notwendige Bedingung für die bereits erzielten Regenerierungserfolge bewertet (Robson 2003).

Projekte

Projekte *(action)* sollen für die beteiligten Akteure sichtbare und symbolische Erfolge generieren und damit die vielfach kritisierte Umsetzungsschwäche der *comprehensive planning* vermeiden. Die Praxis der britischen *urban regeneration* ist dabei stark durch die Initiierung von Großprojekten in schrumpfenden Stadtgebieten geprägt (z.B. Sportstadien, internationale Sport-Events, Museen). Durch diese sogenannten *flagship*-Projekte soll ein Imagewandel als Basis für eine neue Attraktivität dieser Gebiete bewirkt werden. Für die Umsetzung der Projekte werden häufig private Projektentwickler (z. B. *Urban Splash* in Manchester) eingesetzt. Auch in Deutschland wurde die „projektorientierte Planung“ in den 1990er Jahren durch das Modell der Internationalen Bauausstellung EmscherPark als neues Paradigma diskutiert (Siebel, Ibert, Mayer 1999; Kilper 1998). Der Wettbewerb der Städte um die Ausrichtung von Events (wie z.B. Sportveranstaltungen, Kulturhauptstädte, Gartenschauen) und die Ansiedlung von Großprojekten verschärft sich (Liebmann 2003).

Für die Regenerierung von schrumpfenden Städten bzw. Stadtgebieten wird ferner das komplexe Zusammenwirken von baulich-physischen, sozioökonomischen und ökologischen Erneuerungsmaßnahmen als notwendige Bedingung betrachtet (vgl. Kap.2.1.2.)). In Großbritannien werden die aktuellen Strategien der *urban regeneration* als Weiterentwicklung der ressortbezogenen Ansätze von Städtebau und Stadtplanung interpretiert. Konstitutiv für *urban regeneration* sind komplexe, ressortübergreifende Strategien (Roberts/Sykes 2000: 14).

Hierauf aufbauend wird aus planungswissenschaftlicher Sicht folgende Arbeitsdefinition vorgeschlagen:

> *Regenerierungsstrategien sind komplexe Ansätze der strategischen Planung, welche die demografische, sozioökonomische und städtebauliche Erneuerung in Städten und Stadtgebieten anstreben, um dem Beschäftigten- und Einwohnerschwund sowie dem baulichen Leerstand und Verfall entgegenzuwirken. Strategien der Regenerierung umfassen die Ebene einer langfristigen Vision bzw. eines Leitbildes und die Ebene kurz- bis mittelfristiger Projekte.*

3.3.2 Theoretische und empirische Erklärungsansätze

Da die Regenerierung von Städten und Stadtgebieten auf einer Trendwende von Schrumpfungsprozessen beruht, muss eine Theoriebildung zu Regenerierungsstrategien die verschiedenen Ursachen der Stadtschrumpfung konzeptionell berücksichtigen. Als Ursachen für die Schrumpfung von Städten werden in der internationalen Forschung zwei Prozesse unterschieden: Deindustrialisierung und Suburbanisierung (Couch/Fraser 2002). Von der *Deindustrialisierung* sind besonders die monostrukturierten Industriestädte betroffen, deren Beschäftigungsbasis im starken Maß auf der Herstellung eines Produktes beruht (z. B. als Stahl-, Textil-, Auto- oder Hafenstädte). Deindustrialisierung geht in diesen Städten mit einer schrumpfenden Erwerbsbasis und strukturellen Arbeitslosigkeit einher und führt durch Abwanderungen zur weiteren demografischen Schrumpfung. Die sozioökonomische Regenerierung dieser Städte beruht in der Regel nicht auf einer Reindustrialisierung, sondern auf dem Strukturwandel zur post-industriellen Dienstleistungs- und Wissensökonomie. Die *Suburbanisierung* von Wohnen und Gewerbe lässt sich dagegen als ein wohlstandsbasierter Prozess verstehen, da die Abwanderung von Privathaushalten und Unternehmen aus der Stadt u. a. auf höheren Flächenansprüchen dieser Akteure beruht (Häußermann/Siebel 1988, Couch et al. 2002). Das Wachstum der Umlandgemeinden geht zwar zu Lasten der Kernstädte. Suburbanisierung verstärkt jedoch die Verflechtungen innerhalb der Stadtregionen, der Bezug zur Kernstadt bleibt vielfach erhalten.

Inwieweit die *postsozialistische Transformation* einen dritten, eigenständigen Typ der Stadtschrumpfung darstellt (Oswalt 2004) ist bisher nicht ausreichend geklärt. Neben den Deindustrialisierungs- und Suburbanisierungsprozessen ist für die postsozialistische Transformation ein Zusammenbruch des öffentlich-politischen Institutionensystems charakteristisch. Im Postsozialismus wirken trotz dieses Zusammenbruchs nicht nur strukturelle Persistenzen (z. B. in Form des Überdauerns der Wohnungsbestände des sozialistischen Wohnungsbaus), sondern auch mentale Vorprägungen in Form informeller Institutionen im alltäglichen Handeln sowie in politischem und ökonomischem Handeln fort. Auf die Gestaltung von Suburbanisierungsprozessen hatten vor allem exogenen Dynamiken der demographischen Entwicklung einen entscheidenden Einfluss. Die unsichere Umbruchsituation in den früheren sozialistischen Ländern führte teilweise zu einem drastischen Rückgang der Geburtenraten. Dieser Umstand sowie ein verändertes Wanderungsverhalten der Wohnbevölkerung wirkten insofern auf Suburbanisierungsprozesse zurück, als sie die soziale Selektivität dieser Prozesse

verstärkten. Das Wohnen im Stadtumland blieb den Modernisierungsgewinnern mit jeweils „passenden“ Haushaltsstrukturen und Lebenszyklusphasen (d. h. vor allem jungen Familien mit Kindern) vorbehalten.

Während in Deutschland die demografischen Aspekte der Stadtschrumpfung im Mittelpunkt der aktuellen Diskurse stehen, wurde und wird in den angelsächsischen Ländern *urban decline* stärker aus sozioökonomischer Sicht als Schrumpfung der Beschäftigungsbasis der Städte thematisiert. „Urban decline“ wurde in einer Vielzahl von empirischen Fallstudien untersucht und durch Theorien zu erklären versucht (Friedrichs 1993). Dagegen liegt bisher keine interdisziplinäre Theorie der Regenerierung von Städten vor, welche in der Lage ist, die Komplexität von Prozessen der strukturellen Stabilisierung sowie der politisch-strategischen „Erstarkung“ der Städte zu erklären. Deshalb werden im folgenden ausgewählte Erklärungsansätze aus den Bereichen Demografie, Ökonomie und Politikwissenschaften skizziert, die als Bausteine für potenzielle Theorieansätze dienen können.

Demografie: Reurbanisierung

In der demografischen Stadtforschung einer Rotterdamer Forschergruppe wurde bereits in den 1980er Jahren das Modell der Reurbanisierung entwickelt (Berg et al. 1982). Dieses viel zitierte Modell unterscheidet zwischen den städtischen Entwicklungsphasen Urbanisierung, Suburbanisierung, Desurbanisierung und Reurbanisierung. Dabei wird ausschließlich das quantitative Kriterium der Einwohnerentwicklung zugrunde gelegt und zwischen den Gebietstypen Kernstadt, Umland und Stadtregion unterschieden. Dieses Zyklenmodell beruht auf der theoretischen Annahme, dass absolute oder relative Bevölkerungsgewinnen in den Kernstädten zu Lasten des Umlandes erfolgen, geht also von einer möglichen Umkehrung der Suburbanisierungsprozesse aus. Da das Modell ausschließlich demografische Wanderungsprozesse in der Stadtregion beschreibt und den sozioökonomischen Faktor der Erwerbsbasis von Städten nicht einbezieht, werden tieferliegende Ursachen für Zu- bzw. Abwanderungsprozesse nicht erfasst. Auch wenn die Suburbanisierungswelle der 1990er Jahre in den ostdeutschen Stadtregionen derzeit wieder abklingt, kann eine generelle Trendwende zur Reurbanisierung bisher empirisch nicht belegt werden (Brake 2001).

Ökonomie: Lebenszyklen der Stadt

Die ökonomische *Produktlebenszyklus-Theorie* gehen davon aus, dass Stadtschrumpfung bzw. Stadtwachstum an ökonomische Zyklen gebunden ist. Dabei werden technologische Reifungsphasen eines industriellen Produkts an einem Standort unterschieden: Innovation - Wachstum - Standardisierung - Stagnation - Niedergang. Lebt eine Stadt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Monostruktur im starken Maß von der Herstellung und Vermarktung eines Produktes (z. B. Automobilen, Textilien, Stahl oder Schiffen), besteht in der Reifephase der Standardisierung die Gefahr einer Abwanderung der Produktionsstätten, wenn das Produkt in anderen Städten und Regionen preiswerter bzw. mit höheren Profiten hergestellt werden kann (Steiner 1985; Friedrichs 1993). Nach dieser Theorie bestimmt der Lebenszyklus des Produktes den Lebenszyklus der Stadt, da sich neue Innovationszyklen an „unverbrauchten“ Standorten fernab der im Niedergang befindlichen Städte und Regionen entwickeln (Hall 1991).

Dieser Theorieansatz verkürzt jedoch die Stadtentwicklung auf den Fall der ökonomischen Monostruktur und wendet makroökonomische Zyklustheorien (z. B. Kondratieffs Lange Wellen) unreflektiert auf den Standort der Städte an. Außerdem ist die Logik dieses Theorieansatzes deterministisch auf die industrielle Produktionsbasis bezogen. Der wirtschaftliche Strukturwandel zum postindustriellen Dienstleistungssektor (Grabow/Floeting 1998) kann mit seiner Hilfe nicht erklärt werden. Die Beispiele der US-amerikanischen Stahlstadt Pittsburgh (Kunzmann 1993) oder der nordenglischen Industriestadt Manchester (Robson 2002) zeigen, dass auf der Basis eines Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie eine Regenerierung zumindest von Teilgebieten der Stadt möglich ist. Regenerierungsprozesse gehen mit dem Zuwachs neuer Bewohner, Arbeitsplätze und baulicher Nutzungen einher. Diese wachstumsbasierten Prozesse finden in schrumpfenden Städten räumlich hochgradig selektiv statt, oft bestehen kleinräumige Disparitäten zwischen schrumpfenden und wachsenden Stadtgebieten (für Leipzig vgl. Heinig/Weigel 2003; für Liverpool und Manchester Wilks-Heeg 2003). Im Fall von Liverpool und Manchester wächst zum Beispiel die Einwohnerzahl der Innenstädte wieder, während benachbarte Stadtteile weiter schrumpfen (Dabinett 2004). Im Widerspruch zu den Zyklustheorien, die auf neuen Wachstumshoffnungen beruhen, steht allerdings die stadtsoziologische These, wonach es sich bei schrumpfenden Städten um einen dauerhaften „neuen Stadtentwicklungstyp“ handelt (Häußermann/Siebel 1988: 84).

Governance: Public-Private-Partnerships

Nicht nur ökonomische Prozesse, sondern auch Kommunikationsprozesse und -strukturen zwischen Wirtschaft und Politik sind als förderliche, aber auch hemmende Faktoren von Regenerierungsstrategien thematisiert worden. In seiner „Theory of urban decline“ stellt Friedrichs Zusammenhänge der ökonomischen und demografischen Stadtschrumpfung mit dem politischen Handeln der lokalen Eliten her (Friedrichs 1993). Demnach kann die lokalpolitische Dominanz wirtschaftlicher – in dem von ihm zitierten Beispiel des Ruhrgebiets industrieller - Eliten den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel der Städte blockieren. Die politologische Forschung zu *local bzw. urban governance* untersucht die Beziehungsnetzwerke zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Fürst/Lahner/Zimmermann 2004). Empirische Fallanalysen zur Stadtentwicklung in Großbritannien und den USA betonen die Bedeutung der *public-private partnerships* als Träger von Regenerierungsstrategien. Am Beispiel der US-amerikanischen Stadt Pittsburgh, die als frühere Stahl-Stadt bereits in den 1980er Jahre als Erfolgsfall für die Bewältigung der Deindustrialisierung galt, wurde die Herausbildung von informellen Akteursnetzwerken zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft als ein wichtiger Erfolgsfaktor identifiziert (Kunzmann 1993).

Lokale Planungspartnerschaften, die von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure bzw. gesellschaftlicher Gruppierungen getragen werden, sind seit den 1980er Jahren auch in vielen britischen Großstädten zum institutionellen Träger von Regenerierungsstrategien avanciert (Carley 2000). Die Institutionalisierung von *local strategic partnerships* wurden zunächst durch Förderprogramme der Nationalregierung in London initiiert. Empirische Untersuchungen zu Entwicklung und Aktivitäten dieser Partnerschaften deuten darauf hin, dass deren Fortbestand in vielen Fällen von der Förderung

durch die Zentralregierung in London abhängig bleibt (Davies 2004). Die *local strategic partnerships* erarbeiten Leitbilder (engl. *vision*) für die jeweilige Stadt. Im Auftrag dieser Partnerschaften wurden seit den 1990er Jahren in vielen Städten halbstaatliche Entwicklungsgesellschaften als Träger der Regenerierungsprojekte institutionalisiert. Diese waren zunächst die „Urban Development Corporations", seit 2000 sind es in vielen Städten die „Urban Regeneration Companies". Diese sogenannten „Quangos" (quasi autonome Nicht-Regierungs-Organisationen) setzen strategische Projekte in genau definierten Teilgebieten der Städte um. Ihre Umsetzungsstärke begründet sich u. a. in der Fähigkeit, nationale Förderprogramme sektorenübergreifend im Rahmen der Projektrealisierung zu bündeln (Sonntag/Lang 2004).

3.3.3 Stadtumbau – eine Regenerierungsstrategie?

Im Kontext der Diskussion um schrumpfende Städte und Wohnungsleerstand in Ostdeutschland kommt dem Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost" derzeit eine wichtige Rolle als politisch-planerische Bewältigungsstrategie zu. Die Zielsetzung des Stadtumbaus sind hochgesteckt. Der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung formuliert: „Das Programm verfolgt einen neuen integrierten Ansatz der Stadtentwicklung. Es soll in Städten mit hohem Wohnungsleerstand einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der Städte und des Wohnungsmarktes in den neuen Ländern leisten. Dabei gehen die Ziele des Programms weit über die Bekämpfung des Wohnungsleerstands hinaus. Das Programm dient der Stabilisierung von durch physischen Verfall und soziale Erosion bedrohten Stadtteilen ebenso wie dem Erhalt der aus städtebaulicher Sicht besonders wertvollen, teuer zu sanierenden innerstädtischen Altbaubestände, die überdurchschnittliche Leerstandsquoten aufweisen. Indem das Programm zur Revitalisierung der Innenstädte mit ihrer ausgebauten Infrastruktur beiträgt und damit der Zersiedlung des Umlandes entgegenwirkt, unterstützt es die nachhaltige Stadtentwicklung. Mit dem Programm wird ferner angestrebt, dass sich die Bürger in ihrer Stadt wohl fühlen und wieder stärker mit ihr identifizieren." (Deutscher Bundestag 2004: 82). Die beiden Maßnahmenbereiche des Programms liegen im Rückbau leerstehender Wohnungen und der Aufwertung von Stadtquartieren. Als Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Fördermitteln aus dem Stadtumbau-Programm haben die teilnehmenden Städte integrierte Entwicklungskonzepte im Rahmen eines Wettbewerbs erarbeitet (BMVBW 2003).

Gegenüber den umfassend formulierten Zielen und unserer komplexen Definition von Regenerierungsstrategien deuten sich beim Stadtumbau folgende Handlungsgrenzen an:

- Auf der Basis der integrierten Stadtentwicklungskonzepte wurden im Rahmen des Stadtumbaus zwar übergreifende Leitbilder der Stadtentwicklung entwickelt, auf deren Grundlage der Rückbau von Wohnungen durchgeführt wird. Als zweite Ebene für eine strategische Planung fehlen jedoch im Stadtumbau die Schlüssel-Projekte, die positive Initialwirkungen durch die Kooperation unterschiedlicher Akteure für einen Aufbruch entfalten;

- Die Zielgebiete des Stadtumbaus, in welche die meisten Fördermittel fließen, sind durch die politische Schwerpunktsetzung auf den Rückbau überwiegend die

peripheren Großwohnsiedlungen. Dabei wird anscheinend davon ausgegangen, dass sich Regenerierungsprozesse in den Kernstädten und planerisch definierten „Konsoldierungsgebieten“ selbsttragend entwickeln (BMVBW 2003);

- Die integrierten Stadtentwicklungskonzepte des Stadtumbaus wurden in der Regel von den öffentlichen Stadtverwaltungen getragen und unter Beteiligung kommunaler Wohnungsgesellschaften bzw. -genossenschaften erarbeitet. Private Akteure wurden im Rahmen von *public private partnerships* bei der Erarbeitung der Konzepte kaum beteiligt (BMVBW 2003: 24);

- Das Stadtumbau-Programm begrenzt sich auf die physisch-baulichen Ansätze des Abrisses leerstehender Wohnungen und Gebäude sowie die Aufwertung von Quartieren. Ansätze der sozioökonomischen Regenerierung, welche z.B. Existenzgründungen, neue wissens- und dienstleistungsbasierte Beschäftigungsangebote oder lokale Ökonomieformen in schrumpfenden Stadtquartieren fördern, sind nicht Gegenstand des Stadtumbau-Programms.

Inzwischen wird deutlich, dass der rein physisch-baulich und auf die Interessen der Wohnungswirtschaft fokussierte Stadtumbau als Instrument zur Bewältigung der komplexen Schrumpfungsprozesse in ostdeutschen Städten kaum ausreichen kann (Franz 2005). Eine ressortübergreifende Regenerierungsstrategie hätte städtebauliche, soziale und ökonomische Ziele zu integrieren. Solche integrierten Ansätze wurden bereits auch in Ostdeutschland in der Praxis erprobt (z.B. Soziale Stadt, URBAN II, Zukunft im Stadtteil/ZiS). Hier gilt es die Erfahrungen mit diesen integrierten Programmen kritisch zu evaluieren und den Stadtumbau zu einer komplexen Regenerierungsstrategie weiter zu entwickeln. Die absehbare Verknappung öffentlicher Fördermittel in Ostdeutschland wird für eine solche ressortübergreifende Strategie in Zukunft wenig Alternative mehr zulassen.

3.3.4 Ein mögliches Untersuchungskonzept

Die planungswissenschaftliche Analyse von Regenerierungsstrategien in schrumpfenden Städten kann auf den vorgeschlagenen Definitionen und skizzierten Theorieansätzen aufbauen. Demnach ist zwischen der Struktur-Ebene der Regenerierungs*prozesse* und der normativen Handlungsebene der Regenerierungs*strategien* zu unterscheiden. Die Rekonstruktion von Schrumpfungs- und Regenerierungsprozessen erfolgt im Modul „Entwicklungspfade“ (Kap. 3.2.). Ein mögliches Untersuchungskonzept zu politisch-planerischen Regenerierungsstrategien (placemaking als spezifische governance-Strategien werden in Kap. 3.4. behandelt) kann sich in folgende Arbeitsschritte gliedern:

1. Ziel-/Leitbildanalyse

- Welche demografischen, sozioökonomischen und baulich-physischen Ziele bzw. Leitbilder der Regenerierung verfolgen die Planungsstrategien?

- Welches normative Verständnis von Regenerierung haben die Akteure entwickelt?

- Für welche Teilräume der Stadt wird eine Regenerierung angestrebt?

2. Instrumenten-/Projektanalyse

- Welche Projekte werden mit welchen Schwerpunkten realisiert?
- In welchem Verhältnis stehen langfristige Leitbilder und kurzfristige Projekte (komplementär – konkurrierend)?
- Wie ist dabei das Verhältnis öffentlicher und privater Mittel?

3. Akteurs-/Government-/Governanceanalyse

- Wer sind die organisationellen Träger und beteiligten Akteure der Strategien?
- Wie ist das Verhältnis zwischen government und governance?
- Wie ist das Verhältnis öffentlicher und privater Akteure?

In einer späteren Arbeitsphase lassen sich diese Arbeitsschritte ergänzen durch:

4. Prozessanalyse

- Welche Entwicklungsphasen in der Genese der Regenerierungsstrategien lassen sich unterscheiden?
- Welche „Wendepunkte“ und Lernprozesse identifizieren die Akteure?
- Welche nicht-intendierten Regenerierungsprozesse (z. B. „Ansiedlung“ und Aktivitäten von Pionieren kreativer Milieus) fanden statt?

5. Wirkungsanalyse

- Welche intendierten Regenerierungswirkungen (z. B. Zuwanderung von Haushalten, Ansiedlungen von Unternehmen und Arbeitsplätzen, Reduzierung des Leerstands) erzielen die Strategien?
- Welche nicht-intendierten Regenerierungswirkungen (z. B. wachsende Disparitäten, Mitnahmeeffekte) lassen sich feststellen?Welche Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Regenerierungsstrategien identifizieren die Akteure?

Neben der Methode der Plan- und Dokumentenanalyse kommen für die Bearbeitung dieser qualitativen Fragen in erster Linie halbstandardisierte Interviews mit lokalen Experten in Betracht. Die Zielgruppe besteht aus Experten aus den Bereichen Stadtplanung, Projektentwicklung, Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsförderung, Bildung und Wissenschaft, Unternehmen, Bewohnerinitiativen etc. Die Fragen und Thesen bilden die Grundlage für Gruppendiskussionen im Rahmen von Expertenworkshops in den Städten. Im Rahmen dieser Expertenworkshops kann auch diskutiert werden, inwieweit die Ergebnisse der lokalen Fallstudien auf andere Städte bzw. Länder übertragbar sind.

HANS-JOACHIM BÜRKNER

3.4 Regenerierung als Prozess des *placemaking*

3.4.1 Das Basistheorem

Im Rahmen der auf Regenerierung fokussierten Perspektive, die hier entwickelt worden ist, erhalten Prozesse des *placemaking* eine große Bedeutung, und zwar als zentrale Elemente möglicher Regenerierungsstrategien. Allerdings reicht es nicht aus, lediglich die strategische Komponente der einschlägigen Prozesse in den Blick zu nehmen – auch wenn diese zunächst im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. In den bislang bestehenden Definitionen bezeichnet *placemaking* folgerichtig zwei unterschiedliche Phänomene, die jeweils in ihrer wechselseitigen Bezogenheit aufeinander bedacht werden müssen: auf der einen Seite strategische Prozesse der Raumgestaltung und -inszenierung, auf der anderen Seite alltägliche soziale Konstruktionsprozesse, die in die strategischen Prozesse als conditio sine qua non eingewoben sind.

a) *Placemaking* als strategischer, kollektiver Raumgestaltungsprozess:

   In Begriffen der strategischen Planung und der Entwicklung passender Steuerungsformen stellt *placemaking* einen Weg der Definition von Orten bzw. der Zuweisung von Bedeutungen zu Orten dar. Der Terminus dient dazu, die strategische Komponente von Prozessen der raum- bzw. ortsbezogenen Identitätsbildung zu beschreiben. Das Spektrum der Phänomene reicht von der Verwendung von kulturell kodierten Ortsattributen bis hin zu deren institutioneller Verfestigung im Rahmen von dezidierten Identitätspolitiken und darauf aufsattelnden Planungsprogrammen und -projekten. Im angelsächsischen Kontext sind die zentralen Untersuchungsgegenstände beispielsweise: kooperative Steuerungs- und Planungsformen, die auf die „weichen" Faktoren der Stadtentwicklung abgestellt sind; neue Entwicklungsleitbilder, die in offenen Aushandlungsprozessen gefunden wurden; das Einschlagen neuer Richtungen innerhalb städtischer Entwicklungspfade durch neue Entwicklungsinitiativen (Healey 1997, 2002a, 2002b). Ziel der jeweiligen strategischen Ansätze ist es, die Attraktivität konkreter Orte zu steigern oder sie für attraktive Nutzungen in Wert zu setzen.

b) *Placemaking* als alltäglicher sozialer Konstruktionsprozess:

   Bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, dass diese strategische Perspektive substantielle alltagskulturelle Voraussetzungen hat. Kulturelle Kodierungen entstehen nicht erst am Reißbrett des Planers, an Runden Tischen in den Wohnquartieren oder in den Verhandlungsrunden von City-Marketing-Strategen. Sie sind strategischem Handeln insofern vorausgesetzt, als sie das Ergebnis sozialer Kommunikation und kultureller Ausdifferenzierungsprozesse im Alltag der Bewohner einer Stadt, einer Region usw. sind. Jeder strategisch Handelnde bezieht sich daher in einem doppelten Sinn auf vorgängige Ortsdefinitionen und –deutungen zurück: einerseits, weil er selbst Bestandteil lokaler sozialer Beziehungsstrukturen ist und bestimmte Deutungen und Orientierungen im Alltag erworben hat, andererseits,

weil er auf diese Deutungen Bezug nehmen muss, um das eigene Handeln legitimieren zu können. Welcher Planer lässt sich schon gerne sagen, er handele an den Bedürfnissen der Stadtbewohner oder an wichtigen lokalen Befindlichkeiten vorbei?

Bei *placemaking* handelt es sich somit um grundlegende Prozesse der sozialen Konstruktion von Raum, genauer gesagt: von mehrdimensionalen Orten. Physischen und nicht-physischen Entitäten werden dabei von den handelnden Individuen und Kollektiven die Kategorien „Raum“ und „Ort“ zugeordnet, verbunden mit Bedeutungszuweisungen bzw. Kodierungen sozialer Beziehungen, die umschrieben werden können mit der Erfindung und Festlegung von Funktionen, Symbolen, Images, Identitäten usw. Solche Kodierungen schließen jeweils physische Bestandteile von Orten ein (Keim 2003: 81).

3.4.2 Identitäten und Identitätspolitiken

Die politische Behauptung der Existenz sowie die strategische Nutzung von Ortsidentitäten sind bereits seit geraumer Zeit innerhalb unterschiedlicher Stadtentwicklungskontexte etabliert (so z. B in der Programmatik der Sozialen Stadt). Allerdings werden in der Steuerungspraxis nur selten Reflexionen über den Identitätsbegriff angestellt. Ein alltagssprachliches Verständnis von Identität im Sinne eines „gleich Seins mit sich selbst“ kann hier weitgehend ausgeschlossen werden, da es sich bei Identitäten in den hier diskutierten Kontexten jeweils um das Ergebnis sozialer Interaktionen handelt.

Auch die auf Individuen zugeschnittenen sozialpsychologischen Begriffe personaler Identität (z. B. Mead 1991) sind kaum besser geeignet, beziehen sie sich doch eher auf das Selbstbild des Individuums als auf Ergebnisse sozialer Prozesse. Raumbezüge bleiben völlig außerhalb dieser Perspektive. Soziologische Konzepte wie das konstruktivistische von Luckmann (1980) verstehen soziale Identität als Ergebnis der wechselseitigen Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft. Das Individuum wählt aus gesellschaftlich vermittelten Weltauffassungen jeweils Bausteine seiner Identität aus. Eine explizite Verknüpfung von sozialen Konstruktionsprozessen und Raumbezügen wird jedoch auch hier nicht vorgenommen. Geographische Ansätze zur Theoretisierung räumlicher bzw. raumbezogener Identität oder Regionalbewusstsein (Pohl 1993, Weichhart 1990, Blotevogel 1996) kranken häufig an kruden Gleichsetzungen der mentalen und sozialen Repräsentationen von Raumideen mit vermeintlich essentiellen Raumeigenschaften (vgl. dazu die ältere Kritik Hards an der Gepflogenheit der Sozialgeographie, semantische Substitution zu betreiben, d. h. „in einer räumlichen Sprache über Soziales zu reden“; Hard 1987:128).

Die Definitionsaufgabe wird damit, wenn es um Raumbezüge geht, keineswegs einfacher. Grundsätzlich können mit dem Begriff „Identität“ können nämlich jeweils Sachverhalte angesprochen sein, die nicht unbedingt etwas miteinander zu tun haben:

1. Unter „Identität“ wird häufig eine prägende Eigenschaft eines Ortes verstanden, etwa entlang der Frage, was denn das Besondere einer Stadt, eines Stadtteils, eines Gebäudes usw. ausmache. Es werden dann Merkmale benannt, die diesen Ort nach außen hin zweifelsfrei identifizierbar machen sollen und sich beispielsweise auch

in Marketingkontexten gut vermitteln lassen. Hierunter fallen beispielsweise bestimmte Branchenprofile der lokalen Wirtschaft, städtebauliche Gegebenheiten, stadtkulturelle Eigenheiten, kulturelle Traditionen u. a. m.

2. Es werden die sozialen Charakteristiken und Selbstzuschreibungen der lokalen Bevölkerung angesprochen, etwa im Sinne einer in wenigen Begriffen beschreibbaren Bürgerschaft, idealer Weise mit ausgeprägtem Wir-Gefühl. „Lokale" Identität in diesem Sinne bezieht sich auf eine spezifische Alltagskultur an einem bestimmten Ort.

3. Es kann aber auch vage die Identifikation der Bevölkerung oder einzelner Akteure mit einem Ort ihrer Wahl, z. B. „ihrer" Kommune, gemeint sein.

Während Identitätsbegriff Nr. 1 direkt mit dem Versuch der Bedeutungszuweisung an konkrete Orte zusammenhängt und daher noch am ehesten mit strategischen Positionierungen zusammengebracht werden kann, wie sie im *placemaking* erfolgen, heben die beiden anderen Begriffe weniger auf einen konkreten Ort (in seiner Eigenschaft als Ergebnis sozialer Interaktion) ab als auf die Bindungen der Handelnden an einen Ort bzw. an die sozialen Beziehungen und Strukturen, die sich an diesem Ort manifestieren. Dennoch sind die Übergänge zwischen den Begriffen oft fließend: Was als Ortsmerkmal angesprochen wird (z. B. kulturelle Vielfalt), kann ebenso auf das Wir-Gefühl sozialer Gemeinschaften bezogen sein, das an einem bestimmten Ort zum Ausdruck kommt oder mit diesem Ort verknüpft wird (vgl. Weichhart 1990)[11]. Es gilt daher, trennscharf zwischen Ortsidentitäten im Sinne von zugeschriebenen Merkmalen eines Ortes und lokalen Identitäten im Sinne der alltagskulturellen Selbstzuschreibungen von Gruppen und Individuen zu unterscheiden.

Noch komplizierter wird es, wenn „Identität" und „Identifikation" miteinander verwechselt werden. So wird beispielsweise in der politischen Steuerungspraxis nicht selten mit dem Verweis auf das Bestehen lokaler Identität unterstellt, innerhalb der Bevölkerung bzw. bestimmter Gruppen müsse es ein natürliches Wir-Gefühl geben. Oder dort, wo Identität nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, wird die Forderung erhoben, sie umgehend herzustellen – in der Hoffnung, dass sich dann das Wir-Gefühl und zugeordnete Gemeinwesenorientierungen quasi von selbst einstellen würden. „Identität" wird hier als normativer Begriff verwendet und zugleich mit offenen oder versteckten Identifikationsforderungen in Bezug auf „die" Stadt, „das" Gemeinwesen vermengt. Beides gilt es aber sehr genau auseinander zu halten, wenn aus Bezugnahmen auf Identität(en) ein Erkenntnisgewinn gezogen werden soll. Während es für politische Akteure durchaus Vorteile haben mag, diese Vermischung herzustellen, z. B. um auf diesem Umweg Appelle an die eigene Klientel zu mehr Geschlossenheit und politischer Standfestigkeit zu lancieren, ist sie für eine Einschätzung der möglichen

---

[11] Weichhart (1990) spricht in diesem Zusammenhang von der Entstehung symbolischer Gemeinschaften, die sich über räumlich definierte Sozialzusammenhänge (z. B. Nachbarschaften) konstituieren und jeweils spezifische soziale Bindungen und Loyalitäten entwickeln würden. Eine „raumbezogene Identität", wie er sie postuliert, würde sich allerdings in erster Linie auf die kognitiv-emotionale Repräsentation von „räumlichen" Objekten im Bewusstsein eines Individuums oder einer Gruppe beziehen – der Charakter der Objekte (ob imaginiert oder physisch konkret existierend) bleibt damit unbestimmt.

Entwicklungseffekte von lokaler Identität eher hinderlich. Die Frage nach Identität im Sinne eines Wesenskerns von Dingen oder Lebewesen einerseits sowie des **Ergebnisses** alltagskultureller Selbstzuschreibungen andererseits muss somit getrennt werden von der Frage nach Identifikation als **Prozess** der Selbstzuordnung und Bedeutungszuweisungen, die Individuen und Gruppen in Bezug auf andere Menschen oder Dinge vornehmen. Für derartige Zuordnungsprozesse können Identitäten, insbesondere dann, wenn sie mit Symbolen verknüpft sind, einen Anlass liefern bzw. eine Voraussetzung sein.

Weiterhin muss unterschieden werden zwischen essentialistischen und konstruktivistischen Identitätsbegriffen. Das, was im politischen Diskurs unter Identität verstanden wird, ist in aller Regel essentialistisch definiert: Ortsidentität wird – ebenso wie lokale Identität - als natürlich gegeben angesehen und für unabdingbar gehalten. Ihr „Fehlen“ wird als Defizit deklariert, das es schnell zu beheben gilt. Selten thematisiert wird dagegen meist, dass Identitäten im sozialen Alltag, aber auch besonders im politischen Diskurs konstruiert werden – sei es in Form von Selbstzuschreibungen („Ich bin ein Berliner“), sei es als „gültige“ Beschreibungen einer Stadt oder eines Stadtteils, die von den lokalen Akteuren jeweils diskursiv ausgehandelt werden, oder gar als Definitionen im Rahmen von „Identitäts-Designs“, die durch Werbefachleute im Auftrag von Kommunen entwickelt werden. In diesem Sinne muss daher weniger von natürwüchsigen Prozessen der Identitätsbildung als vielmehr von mehr oder weniger erfolgreichen Identitätspolitiken gesprochen werden, und zwar in zweierlei Hinsicht: Einerseits greifen Identitätspolitiken die alltagskulturellen Deutungsangebote, Symbolvorräte und Sinnkonstrukte auf und instrumentalisieren sie für bestimmte strategische Ziele. Andererseits beeinflussen dieselben Identitätspolitiken die alltagskulturell geprägte Wahrnehmung und fortlaufende Reproduktion von Bedeutungszuweisungen an konkrete Objekte durch die Individuen. Die zirkuläre Weiterbearbeitung der Konstrukte, die aus dieser Wechselbeziehung erfolgt, wird im Alltag kaum reflektiert. Sie analytisch zu durchdringen, ist jedoch für das Verständnis der Identitätsbildungsprozesse im Rahmen des *placemaking* unabdingbar. Für diese Aufgabe gibt es jedoch bislang nur wenige Ansatzpunkte.

Während die Bezugnahme auf oder gar die Erfindung von Identitäten im strategischen Interesse in einschlägigen Analysen der Stadtforschung bislang eher als natürliche Ingredienz des strategischen Handelns angesehen wurde, ist eine kritische Sichtung städtischer Identitätspolitiken bislang nur ansatzweise erfolgt. Hier sind eher kritische Arbeiten zur Neuinszenierung des Regionalen und zur Entwicklung regionaler Identitäten heranzuziehen, um eine mögliche analytische Herangehensweise an die Identitätsbezogenen Komponenten des *placemaking* zu skizzieren (etwa: John 1998; für die Geographie: Hard 1996). Demzufolge ist das Phänomen der ortsbezogenen Identitätsbildung jeweils von eindeutigen politischen Interessen abhängig; die Handelnden beabsichtigen, anhand der Behauptung von Identitäten (möglichst mit weit reichender historischer Verwurzelung) jeweils Legitimationen für die eigenen Ziele zu beschaffen. Ein Stadtteil hat in dieser Logik eine bestimmte, lokalkulturell verankerte und historisch meist herleitbare Identität (als altes Gewerbequartier, als Arbeitervorstadt, als

bunter multikultureller Klecks auf der urbanen Landkarte), deren vermeintliche Faktizität bestimmte Entwicklungsoptionen nahelegt und andere ausschließt.

Neben derartige „natürliche“, gewachsene Identitäten treten frisch konstruierte, die ein Umsteuern, eine neue Entwicklungsrichtung usw. signalisieren sollen. Wenn aus alten Gewerbearealen innerhalb kurzer Zeit eine Medienstadt mit global agierenden Unternehmen, trendigen Freizeitangeboten für neue (meist zahlungskräftige) Akteure und neuen Aufenthaltsqualitäten für die Stadtbewohner kreiert wird, so werden zwar möglicherweise Anknüpfungspunkte an historische Nutzungen und Identitäten formuliert – häufig mit ironisierenden Bezugnahmen auf frühere Nutzungen, etwa im Rahmen der Umnutzung von Gebäuden nach dem Muster „von der Fabrik zum Loft“ – de facto ist hier jedoch ein völlig neues Konstrukt entstanden.

Genau an diesem Punkt kommt das *placemaking* ins Spiel – nämlich als eine Strategie, die sich der Mittel einer zielgerichteten Identitätspolitik bedient, um einen Ort aufzuwerten, für bestimmte Nutzungen auszuflaggen und zugleich die Legitimität dieser Form räumlicher Aneignung (im Sinne der symbolischen Bedeutungszuweisung und zugleich der exklusiven Festlegung von Nutzungen) zu behaupten. Dieser steuernde Zugriff auf die Kategorie „Raum“ unterscheidet sich insofern von anderen Formen der strategischen Ortsbildung – etwa der von der Stadtpolitik gesteuerten Vermarktung von Ortsqualitäten – als hier wesentlich dezidierter auf alltagskulturelle Gegebenheiten eingegangen wird. Nicht nur der Rückbezug auf alltägliche Ortskonstrukte ist intensiver, sondern, aufgrund der stattfindenden *governance*-Prozesse, auch die interaktive Einbeziehung derjenigen Akteure, die dieselben alltagskulturellen Handlungsbezüge teilen.

In Deutschland sind Ortsqualitäten – jeweils mit größerer Distanz der Strategien zur Alltagskultur - bereits seit geraumer Zeit vermarktet worden. Die Umsteuerung der Stadtpolitik im Zeichen der Unternehmerischen Stadt hat seit den 1980er Jahren nicht nur singuläre urbane Projekte, wie z. B. im Zusammenhang mit der Festivalisierung lokaler Kulturpolitiken (Häußermann/Siebel 1993), sondern auch dauerhafte Vermarktungsstrategien und Versuche der Entwicklung städtebaulicher „Markenzeichen“ (*branding*) unter dem Einfluss transnationaler Konzerne (Hannigan 2002:133 f.) hervorgebracht. So sind Stadtmarketing-Konzepte wesentlich darauf abgestellt gewesen, das Image einer Stadt oder eines Stadtteils als Ort des Wirtschaftens, der Konsumtion und der Lebensgestaltung zu pflegen (Helbrecht 1994, Grabow 1998). Dabei wurden Ortsqualitäten wie z. B. bunte kulturelle Szenerien, die sich in bestimmten Stadtteilen konzentrieren, als wichtiges Symbol und Aushängeschild (z. B. für die Weltoffenheit einer Stadt) genutzt. Im Falle der Neuschöpfung von Images wurden von politisch-planerischer Seite aus ganze Innenstädte umgestaltet. In der Regel handelt es sich dabei um Steuerungsformen, die von der etablierten Politik und lokalen Eliten entwickelt worden sind, wobei eine systematische Öffnung „nach unten“, d. h. in Richtung auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure, nicht systematisch vorgesehen und betrieben worden ist.

Als Ausdruck eines solchermaßen definierten, „von unten“ angetriebenen *placemaking* sind Steuerungsprozesse zu begreifen, wie sie für die Stadt Providence in den USA dokumentiert sind. Hier haben lokale Akteure, die in Planungs- und Steuerungsprozes-

se einbezogen waren, ihre subjektiven, alltagskulturell geprägten Definitionen von Ortsidentitäten und ihre Präferenzen für die Entwicklung bestimmter Ortsqualitäten gezielt in städtische Regenerierungspolitiken eingebracht haben. Die „Voreinstellungen" bzw. Wahrnehmungen, die von solchen Individuen oder auch Gruppen in Bezug auf einen konkreten Ort entwickelt wurden, bildeten dabei die normative „Messlatte" der weiteren Ausgestaltung des jeweiligen Ortes. Beispielsweise zitiert Richard Florida ein Mitglied einer lokalen *downtown revitalization group* folgendermaßen:

> „My friends and I came to Providence because it already has the authenticity that we like – its established neighborhoods, historic architecture and ethnic mix." (Florida 2002: 232)

Dieser Akteur war in der Lage, einflussreiche Politiker für die Idee zu gewinnen, das Revitalisierungskonzept für die Innenstadt im Sinne der Förderung der von ihm bevorzugten Ortsqualitäten zu gestalten. Seine alltägliche, in einem bestimmten akademischen Milieu geformte Wahrnehmung wurde zum Maßstab strategischen Handelns. Insofern liegt hier der „Idealfall" der direkten Verbindung alltagskultureller und strategischer Aspekte des *placemaking* vor.

Trotz der scheinbar problemlosen Integration von Alltag und Strategie ist auch in Bezug auf solche Idealfälle Vorsicht angebracht. Denn die Vorstellungen bezüglich der Eigenschaften und der Identität eines Ortes können von Akteur zu Akteur beträchtlich variieren. Es ist keineswegs ausgemacht, dass selbst Angehörige ein und derselben sozialen Gruppe oder eines sozialen Milieus dieselben Wahrnehmungen entwickeln und sich über die Identität des Ortes einig sind. Zwar haben vorgängige Kodierungen einem Ort bereits ihren Stempel aufgedrückt: Ein städtischer Ort „ist" im kollektiven Bewusstsein bereits ein Künstlerviertel, ein Kleinod historischer Bebauung, ein Slum usw. Jedoch ist offensichtlich, dass die Identitätszuschreibungen der Individuen von sozial, politisch und ökonomisch vermittelten Interessen und Zielen beeinflusst werden – im Beispiel des Akteurs aus Providence durch das Interesse, sich von bunten ethnischen Mischungen geistig anregen zu lassen oder von ihnen geschäftlich zu profitieren. Dagegen kann dieselbe ethnische Mischung für andere Akteure derart bedeutungslos sein, dass sie nicht einmal auf die Idee kämen, dieses Merkmal als identitätsprägend zu begreifen.

Geradezu artifiziell – weil normativ überhöht und kaum durch empirische Untersuchungsergebnisse untersetzt - erscheinen schließlich Zuschreibungen, wie sie Richard Florida in seinem jüngst erschienenen Band „Cities and the Creative Class" vorgenommen hat (Florida 2005). Die Stadt New York sei durch eine hohe Konzentration von Beschäftigten in sog. kreativen Berufen und durch hohe Anteile von Bevölkerung mit neuen, z. T. alternativen Lebensstilen („*bohemian lifestyles*") gekennzeichnet. Die Chance des Wiederaufbaus des nach den Anschlägen vom 11. Sept. 2001 zerstörten kommerziellen Zentrums New Yorks bestünde jetzt logischer Weise darin, NYC zur „creative city" zu erklären und geeignete Ortsqualitäten zu entwickeln. So müsse Lower Manhattan künftig als ein Ort entwickelt werden, an dem Konsum, Erleben, Lebensstile, Unterhaltung und Produktion neue Mischungen eingehen, und zwar in Form einer „integrated live-work-learn-play community" (Florida 2005: 167). Die Ortsidentität wird hier unter Rekurs auf vermeintliche Vorstrukturen und alltägliche Vorprä-

gungen zum ökonomischen Wohle der Stadt neu erfunden. In der Vorstellung des Planers erhebt sich der Phönix „*creative city*“ buchstäblich aus der Asche, die das Desaster des 11. September 2001 hinterlassen hat.[12]

Für die Analyse von strategischen Ansätzen des *placemaking* muss die Frage der Authentizität von Ortsidentitäten (im Sinne der Grundierung der Identitäten im Alltag der lokalen Akteure) daher separat erörtert werden. Vordringlich ist es, zunächst die zurechenbaren Handlungs- und Programmlogiken sowie die konkreten Steuerungsformen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Hier wäre den Akteuren also zunächst die Frage nach den politisch erwünschten Eigenschaften und den Vorstellungen zu erstrebenswerten Nutzungen und dafür erforderliche Attraktivitäten zu stellen. Angesichts des Handlungsdrucks, der lokalen Akteuren durch die Globalisierung im Hinblick auf die Reformulierung lokaler Identitäten erwachsen ist, ist diese Herangehensweise aussichtsreicher als der bloße Rekurs auf vermeintlich gültige Identitätsbestimmungen. Denn hier entstehen neue, flexible Steuerungsziele, auf die die früher einmal definierten Identitäten im Einzelfall vielleicht nicht mehr passen und daher „korrigiert“ werden müssen. Gerade die Flexibilität der Steuerung und die Bestimmungsgründe der Variabilität der Zielsetzungen der Akteure müssen zu zentralen Untersuchungsgegenständen erhoben werden.

3.4.3 Implizierte Raumkategorien

Orte scheinen insbesondere unter Globalisierungsbedingungen zu einem Gegenpol des Globalen zu werden, und zwar sowohl in antithetischer als auch in synthetischer Hinsicht. Sie können der Abwehr der Zumutungen der Globalisierung dienen, aber auch eben diese Folgen auf der lokalen Ebene abfedern und für Brücken zwischen dem lokalen Alltag und globalen Prozessen sorgen. Insofern wären „Orte“ als eine Subkategorie eines global erweiterten Raumbegriffs zu verstehen (Keim 2003: 77). Der Aspekt der sozialen Konstruktion von Raum ist somit konstitutiv für den Ortsbegriff. Konsequenter Weise ist daher im Deutschen von Ortsbildungsprozessen zu sprechen.

Insofern als der soziale Konstruktionsaspekt im Vordergrund der Betrachtung steht und Ortsbildungen als eine Art Reflex auf Globalisierung verstanden werden, ergeben sich Ähnlichkeiten zu dem Konzept der Alltäglichen Regionalisierung, das Benno Werlen in Anlehnung an Giddens’ Strukturierungstheorie für die deutschsprachige Geographie vorgeschlagen hat (Werlen 1997). Diese Ähnlichkeiten, aber auch die bestehenden Unterschiede werden bislang von der Forschung zum Thema *placemaking* nicht reflektiert. Der Unterschied zu Werlen besteht darin, dass *placemaking* stärker auf bestimmte alltägliche soziale Prozesse sowie auf eine spezifische Raumkategorie abhebt. Während Werlen ganz unterschiedliche Prozesse und Formen alltäglichen Handelns sowie der daraus erwachsenden gesellschaftlichen Strukturierung ins Auge fasst – vom Handeln einzelner Individuen bis hin zum kollektiven Handeln von Orga-

---

[12] Auf die Implikationen der in diesen Visionen enthaltenen salvatorischen Attitüden kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Zu bedenken ist jedoch, dass im *placemaking* die in vielen Planungsvisionen der Moderne enthaltenen utopischen Elemente wieder erstehen können, allerdings nun mit deutlich postmoderner Akzentuierung und dezidierten Bezugnahmen auf lokale Alltagskulturen.

nisationen und Staaten – begeben sich die *placemaking*-Ansätze stärker an die gesellschaftliche Basis und die dort vorzufindenden alltagskulturellen Praxen.

Während Werlen die Raumbezüge des jeweiligen Handelns offen konzipiert, muss für die konkreten Ortsbegriffe im Rahmen von *placemaking*-Ansätzen der Geltungsbereich sozialer Raumkonstrukte wesentlich handfester definiert werden. So reicht es nicht aus, lediglich den Konstruktcharakter von Orten hervorzuheben, wie dies auch in der Definition Keims geschieht. Aufgrund der engen Verzahnung von Menschen, sozialen Gütern und raumdistanziellen Kategorien gilt es hier, auch den Akt der Verortung, des Plazierens sozialer Einheiten sowie seine symbolischen und materiellen Resultate in den Blick zu nehmen (vgl. Löw 2001: 198).

Mit einem derartigen Blick auf Orte als Bestandteile der Konstitution von Raum – der wiederum als relationale Anordnung sozialer Güter und Lebewesen begriffen wird (Löw, a.a.O.) – lässt sich eine eindeutige Trennung der Kategorien „Raum“ und „Ort“ vornehmen. Während Orte als einzelne Resultate des Plazierens (in Löws Terminologie: „Spacing“) gelten, geben sie in ihrem Arrangement bzw. ihrer relationalen Anordnung Anlass zu Raumabstraktionen (nach Löw: Synthetisierungen) und „erzeugen“ qua Wahrnehmung einen Raum, der wiederum konkrete Orte hervorbringt (Löw 2001: 202 f.).

Die Vorstellung einer derartigen Zirkularität von Orts- und Raumbildung kann in der analytischen Praxis davor bewahren, unbesehen essentialistische Raumbegriffe zu verwenden. Diese Gefahr liegt bei der Analyse von *placemaking*-Prozessen umso näher, als die „Überführung“ von alltäglichen Konstruktionsprozessen und deren Resultaten in strategische Verwertungsideen dieser Produkte zu einer Reifizierung sozialer Konstrukte führt. So finden sich bereits jetzt in der *placemaking*-Literatur versteckte Container-Raum-Vorstellungen[13], die in bestimmten argumentativen Kontexten in Erscheinung treten. Besonders auffällig ist dies dort, wo im Zusammenhang mit den alltagskulturellen Praxen der Ortsbildung von der sozialen „Aneignung von Raum“ die Rede ist. Es kann nämlich nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass eine Art äußerlicher Raum existiert, den sich Individuen und Kollektive quasi einverleiben. Vielmehr kommen im Konstruktionsprozess zunächst Bilder und Imaginationen latenter Räume zum Tragen, die durch soziale Übereinkünfte in gemeinsam geteilte bzw. akzeptierte Raumkonstrukte überführt werden. Keinesfalls kann in diesem Zusammenhang in essentialistischer Manier von a priori existierenden Räumen gesprochen werden. Wenn also beispielsweise Fürst et al. (2005: 22) von der „sozio-emotionalen“

---

[13] Als Container-Räume werden Räume verstanden, die im alltäglichen Verständnis, aber auch in der raumwissenschaftlichen Konzepten als unmittelbar gegeben und in ihrer Definition als invariabel imaginiert werden. Der absolutistische Raumbegriff, der ihnen zugrunde liegt, lehnt sich häufig an den euklidischen, dreidimensionalen Raum an (Löw 2001: 18). Container-Räume sind daher meist das Ergebnis von Abgrenzungen, die auf der Basis von physikalischen Vermessungen vorgenommen sind, z. B. in Form administrativer Grenzziehungen (Ergebnis: Stadtteile, Gemeinden, Landkreise, Staaten usw.). Sie können aber auch das Resultat funktionaler Bestimmungen (z. B. Wirtschaftsregionen) und Ähnlichem sein. Container-Räume waren in der Vorstellungswelt der traditionellen Geographie (z. B. der länder- und landschaftskundlichen Tradition, aber auch der älteren Sozial- und Wirtschaftsgeographie) vorherrschend. Als Bestandteil unreflektierter Denkspuren finden sie sich aber immer wieder auch in jüngeren geographischen Ansätzen sowie in anderen Disziplinen der sozialwissenschaftlichen Raumforschung.

Aneignung von Raum durch die „in einem Raum Lebenden und Handelnden“ sprechen, liegt ein Kategorienfehler vor. Zwar wird zuvor von Raum als einem sozialen Konstrukt gesprochen, gleichzeitig wird jedoch auf quasi vorgefertigte Räume rekurriert („...in einem Raum Lebende...“), die eher der traditionellen, „geographischen“ Vorstellung von Container-Räumen zuzuordnen sind. Auf derartige Inkonsistenzen bzw. essentialistischen Denkfallen muss bei künftigen Verwendungsweisen des *placemaking*-Begriffs genau geachtet werden.

Essentialismen finden sich selbst in denjenigen Ansätzen, die *place* wesentlich dezidierter als das Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse begreifen. Als Beispiel soll die Unterscheidung zwischen *space* und *place* genannt werden, die Patsy Healey vorgeschlagen hat. Nach Healey bezieht sich *space* auf einen – wie auch immer gearteten – bereits bestehenden Raum in seinen physischen Funktionen, während *place* das Ergebnis von soziokulturellen und ökonomischen Bedeutungszuweisungen darstellt (Healey et al. 2002a: 53). Im Vollzug sozialen Handelns wird *space* quasi zu *place* transformiert („Spaces become places...“, ebd.). Der essentialistische bzw. absolutistische Kern dieser Aussage ist nicht unbedingt leicht zu erkennen, muss daher aber mit noch größerer Vorsicht behandelt werden als im Umgang mit den offenen Bezugnahmen anderer Autoren auf Container-Konzepte. Wenn das Axiom „Raum ist das Ergebnis sozialer Konstruktion“ verwendet wird, muss auch zugestanden werden, dass wir keine Möglichkeit haben, zweifelsfrei zu entscheiden, ob eine physische Welt außerhalb unserer sozial vermittelten Wahrnehmungsfähigkeit tatsächlich existiert. Und selbst dann, wenn wir einen präexistenten physischen Raum für gegeben halten, muss immer noch die Rolle physischer bzw. materieller Artefakte (d. h. der von Menschen geschaffenen materiellen Strukturen) innerhalb dieses physischen Raums definiert werden – was ohne die Annahme einer dazu erforderlichen und immer bereits erfolgten Bedeutungszuweisung kaum möglich sein dürfte. Ein Haus ist nur deshalb ein Haus und nicht etwa bloß ein Haufen kosmischen Materiemülls, weil es diese Bedeutung unter ganz bestimmten humangesellschaftlichen Bedingungen zugewiesen bekommen hat.

Klärungsbedürftig – und zwar durchaus im Sinne einer offenen Forschungsfrage – ist somit das Problem des Stellenwerts physischer Strukturen bei der sozialen Konstruktion von Raum. In der hier entworfenen relationalen Perspektive erscheint es sinnvoll, den Anreizcharakter physischer Strukturen (vor allem der gebauten Umwelt) hervorzuheben, und zwar in vierfacher Hinsicht:

1. Sie bilden die Gegenstände, auf die sich die strategisch Handelnden aufgrund spezifischer institutioneller Arrangements beziehen (auf der Seite formeller Regierungssysteme z. B. aufgrund von Planungstraditionen, verfassungsrechtlich festgeschriebener Aufgaben von Organisationen oder behördlicher Satzungen; auf der Seite lokal „Betroffener“ z. B. wegen vertraglich vereinbarter oder informell ausgehandelter Verantwortlichkeiten von Individuen und Gruppen für bestimmte Umweltbestandteile).

2. Sie stellen Gelegenheiten für konkrete individuelle und kollektive Nutzungen, aber auch für soziokulturelle Bedeutungszuweisungen (Symbolbildung, Imagebildung) dar.

3. Sie fungieren als Anreize für die Bildung von sozialen Gemeinschaften, die spezifische Nutzungsinteressen verhandeln, aber auch übergeordnete politische Machtinteressen verfolgen (z. B. im Zusammenhang mit der Realisierung von Deutungs- und Definitionsmacht auf der lokalen Ebene, etwa im Rahmen von Prozessen der Imagebildung). Häufig handelt es sich bei diesen Gemeinschaften um offene Netzwerke, die in *governance*-Prozesse eingebunden sind. Es kann sich aber auch um Cliquen oder Klubs handeln, die kommunikative Schließungen für ihre Zwecke nutzen. Ebenso bilden physische Strukturen den Anlass zur Bildung von kollektiven Identitäten, die häufig mit der Entwicklung von Wir-Gefühlen und Gemeinschaftsbildungen einhergehen („*Wir* Erkneraner...“).

4. Sie rufen Persistenzeffekte hervor. Mit anderen Worten: „Orte entstehen durch Plazierungen, sind aber nicht mit der Plazierung identisch, da Orte über einen gewissen Zeitabschnitt hinweg auch ohne das Plazierte bzw. nur durch die symbolische Wirkung der Plazierung erhalten bleiben“ (Löw 2001: 198). Persistenzen machen sich besonders deutlich in Phasen des Wandels städtischer Strukturen bemerkbar. Lokale Akteure werden bei dem Versuch, funktionale und sozialräumliche Strukturen zu verändern, mit den „geronnenen“, quasi Stein gewordenen Produkten vergangener Strukturierungsakte konfrontiert. Während Nutzungsregeln und -definitionen relativ leicht umformuliert werden können, erweisen sich die korrespondierenden materiellen Artefakte häufig als sperrig und können erst nach einem „Umbau“ wieder als lineare Entsprechungen fungieren. Gelingt dies nicht, so werden sie dauerhaft obsolet. Vor dem Hintergrund rasch variierender Bedeutungszuweisungen können diese Artefakte (in städtebaulichen Begriffen sind dies z. B. Wohnungen, Häuser, Quartiere, Verkehrswege, materielle Infrastrukturen) nicht nur Gelegenheiten für soziales Handeln, sondern auch harte Handlungszwänge darstellen. Das Beispiel „Stadtumbau“ zeigt derartige Persistenzen mustergültig auf: Artefakte, die noch wenige Jahre zuvor alltägliche Gelegenheiten für sinnvolle Nutzungen boten, werden jetzt als dysfunktional und sogar ökonomisch riskant begriffen. Ihre Materialität kann aus der Sicht der Akteure bestimmte Verfahrensweisen im Umgang mit ihnen geradezu erzwingen (z. B. Umnutzung, Umbau oder Abriss). Die baulichen Hüllen der städtischen Gesellschaft lassen sich rasch umbrechenden Nutzungsbedarfen nur schwer anpassen; der „lange Atem“ materieller Verwertungszyklen steht in beträchtlichem Widerspruch zum hohen Tempo gesellschaftlicher Umbruchphasen.

Die Bedeutung von Ortsbildungen wird mittlerweile selbst von Disziplinen gewürdigt, die diese Kategorie bislang aus ihren Terminologien verbannt hatten. Dabei ergeben sich interessante Hinweise auf Präzisierungsmöglichkeiten des bislang diskutierten Ortsbegriffs. Von Richard Florida stammt der Hinweis, dass Wirtschaftsgeographie und Regionalökonomie mit ihrer Fixierung auf Regionalisierungsprozesse den Blick für die Bedeutung von konkreten Orten verloren hätten. Für Bereiche wie die Wissensökonomie seien jedoch nicht die traditionellen Standortfaktoren, sondern die sozialen und kulturellen Qualitäten konkreter Orte ausschlaggebend (Florida 2002: 218; Florida 2005). Unter diesen Bedingungen erhielten *places* eine neue Bedeutung, nämlich als Orte, in denen für die kreative Schicht der „Wissensarbeiter“ (creative class) neue Ausbalancierungen von Arbeit und Leben möglich seien: „Place and community are more critical factors than ever before“ (Florida 2002: 219).

Ohne hier weiter auf die Frage der Verallgemeinerbarkeit dieser These eingehen zu können[14], soll sie in unserem Argumentationskontext als eine Anregung zur Präzisierung des *place*-Begriffs genommen werden. Eine auf soziale Prozesse orientierte Perspektive muss *place* als Ort der Verdichtung sozialer Beziehungen begreifen, etwa als Knotenpunkte von Netzwerken oder als sozialräumliche Verfestigungen (Treffpunkte usw.) fluider Szenen und Milieus. Insofern als sie „Kristallisationsorte" sozialer Verflechtungen bilden, kann angenommen werden, dass sie auf weiträumige Beziehungen „ausstrahlen" und – quasi in der Addition – Raum insgesamt strukturieren (Keim 2003: 56).

Ein derart gefasster *place*-Begriff ist nicht ohne weiteres mit vorab definierten Raumkategorien, wie sie häufig in der Vorstellungswelt der Planer und Politiker anzutreffen sind, vereinbar. So ist es ja keineswegs ausgemacht, dass sich *placemaking* eo ipso auf Wohnquartiere beschränken müsse, so wie dies etwa Fürst et al. (2005: 35, 54 f.) annehmen. Diese Annahme wird zwar damit begründet, dass sich die räumlichen Orientierungen der wichtigsten *stakeholder* auf diese räumliche Konkretisierungsebene beziehen würden und wichtige raumbezogene Gemeinschaftsbildungen damit verknüpft seien. Allerdings ist es fraglich, ob das Wohnquartier tatsächlich einen derart zwingende Fokus sozialer Beziehungen darstellt. Anlass zu Zweifeln geben Ergebnisse der jüngeren Milieuforschung, nach denen die klassischen Wohnmilieus (etwa: Arbeitermilieus im traditionellen Arbeiter-Wohnquartier) in der Globalisierung auf dem Rückzug seien und eigentlich kaum noch in der ursprünglichen, im älteren Industrialismus vorhandenen Konsistenz (als schichten- bzw. klassenspezifische Vergemeinschaftungsformen) anzutreffen seien (Matthiesen 1998, Noller 1999). Abgesehen davon, dass „Nachbarschaft" schon immer ein schwer zu fassendes soziologisches Konstrukt gewesen ist (vgl. Hamm 1998), erscheint es zweifelhaft, dass die Nachbarschaft als räumlich-sozialer Bezugspunkt und Interaktionsplattform in einer Gesellschaft der stark ausdifferenzierten überlokalen Lebensbezüge überhaupt noch universelle Geltung beanspruchen darf. Zumindest zum gegenwärtigen Stand der Durchsetzung globalistischer Alltagsorientierungen (Stichwort: „Mikro-Globalisierung", vgl. Dürrschmidt 2000) und virtueller Kommunikationsstrukturen (neue Medienwelten als konkurrierendes Interaktionsangebot zur *face-to-face*-Kommunikation) muss im konkreten Untersuchungsfall der Nachweis geführt werden, dass und in welchen Vergemeinschaftungsformen jeweils „funktionsfähige" Nachbarschaften existieren, und wenn sie existieren, dass sie dann auch die sozialen Orientierungen der Bewohner prägen. Auch die Annahme, dass sich auf dieser Basis Stadtteil-Diskurse bilden, läuft im schlechtesten Fall Gefahr, die Ausnahme zum Regelfall zu erheben. Dass dann dabei gar noch eine „gemeinsame Raum-Vision (ein Konzept des Ortes)" (Fürst et al., a.a.O.) entwickelt wird, samt spezifischen Beteiligungsformen, Imagestrategien und

---

[14] Florida führt Belege aus empirischen Studien an, die auf der Basis des Humankapital-Ansatzes in den USA durchgeführt worden sind. Für den deutschen Kontext der Etablierung wissensbasierter Dienstleistungen sind analoge Fälle der Standortwahl entlang von soziokulturellen Kriterien (Integration der Beschäftigten in Wissensmilieus sowie in eine lebendige Kulturszenerie im umgebenden Stadtquartier, Schutz des hoch qualifizierten Personals vor Abwerbung durch andere Unternehmen aufgrund hoher individueller Identifikation mit dem Standort, den eigenen sozialen Bezugsgruppen und dem Unternehmen) dokumentiert (Bürkner 2004).

Leitbilddiskussionen, scheint eher dem idealistischen Wunschbild eines aufgeklärten Planers zu entsprechen als der vielerorts beobachtbaren sozialen Stadtteilrealität.

3.4.4 *Placemaking* und *governance*

Mit dem neuen Flexibilitätsgebot wächst auch die Bedeutung neuer Akteurkonstellationen und Steuerungsformen, die sich teils komplementär zu, teils auch unabhängig von traditionellem Regierungshandeln (*government*) entwickeln. Diese Steuerungsformen sind unter dem Begriff *governance* in die politikwissenschaftliche Debatte eingeführt worden. *Governance* bezeichnet einen Steuerungs- und Regelungs-Prozess, der auf einem kollektiven Handeln jenseits etablierter Organisationen basiert und es den beteiligten Akteuren ermöglicht, Ressourcen zu bündeln und gemeinschaftliche Aufgaben bzw. Aufgaben des öffentlichen Sektors zu bewältigen (Benz 2004, Mayntz 2004). Charakteristisch für die entstehenden Akteurskonstellationen ist ein systematisches Zusammenwirken staatlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Zivilgesellschaftliches Engagement und kreative Formen des Umgangs mit städtischen Entwicklungsproblemen, die von heterogenen Akteursgruppen geschaffen werden, bieten oft einen Ausweg aus scheinbar verfahrenen *top-down*-Steuerungssituationen. Dennoch wäre es eine unzulässige Einschränkung, *placemaking* ausschließlich mit derartigen *governance*-Formen zu assoziieren. Es ist auch im Rahmen von *government* grundsätzlich denkbar, dass lokale Attraktivitäten „von oben“ entdeckt, mit der Reformulierung von Ortsidentitäten und neuen Bedeutungszuweisungen verbunden werden usw. Dies ist theoretisch dann wahrscheinlich, wenn die Akteure der lokalen Regierungen mental und sozial fest im Alltag ihrer Gemeinde verwurzelt sind, sensibel auf die alltägliche Praxis „ihrer“ Bürger reagieren und partizipative Prozesse in die Wege leiten. Dass dies in der Praxis eher selten geschieht, hängt eher mit der Tatsache zusammen, dass es häufig der Einzelinitiative weniger zentraler Akteure überlassen bleibt, entsprechende Prozesse anzustoßen und weiterzutragen. Wo es diese Akteure nicht gibt, kommt *placemaking* vermutlich nur schwer zustande.

Es ist somit kein Automatismus zu entdecken, der eine Zuordnung von *placemaking* zu *governance* erzwingen würde (vgl. jedoch Fürst et al. 2005). Dennoch ist das Argument stichhaltig, dass Orte im Sinne von *place* nur im Rahmen eines sozialen Selbst-Konzepts, „das heißt, nur mittels der Subjekte ihre integrierende Bündelung entfalten können, wie umgekehrt solche Orte zum Verständnis von sozialer Identität und von Wir-Beziehungen beitragen...“ (Keim 2003: 105). Daher ist die Verwendung von handlungszentrierten *governance*-Konzepten angeraten, die es erlauben, die steuernde Tätigkeit kooperativer Allianzen und Netzwerke zu analysieren. Hierzu haben die Ansätze des *collaborative planning* der britischen Planungsdebatte wichtige konzeptionelle Fingerzeige geliefert (Healey 1997). In den Praxisdiskursen, auf die diese Ansätze Bezug nehmen, hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass integrative, die traditionellen Sektoren überschreitenden Handlungsansätze darauf angewiesen sind, neue Allianzen und Kooperationsformen zu schaffen. Dadurch, dass heterogene Gruppierungen lokaler Akteure sich um die Verknüpfung von wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Handlungszielen und Agenden bemühen, werden neue Verbindlichkeiten geschaffen. So werden neue Rollen definier- und besetzbar, z. B. diejenige des

stakeholders, der als wichtige Figur des öffentlichen Lebens eine Art Mentorenfunktion für die Entwicklung städtischer Teilgebiete oder der Gesamtstadt übernimmt. So werden auch neue Ressourcen geschaffen – nicht nur in Form sozialen Kapitals, sondern auch in der Bündelung von Einzelressourcen, die ohne Vernetzungen nicht zustande gekommen wäre.

Für die Analyse von Regenerierungspraktiken in ostdeutschen Städten stellen *governance*-Ansätze potentiell gute Anwendungsmöglichkeiten in Aussicht (Keim 2003: 105). Am Beispiel der Handlungsarena „Stadtumbau" werden allerdings die „Mühen der Ebene" im Kontrast zu der oftmals optimistischen Einschätzung einschlägiger Potentiale rasch offensichtlich. Die Verzahnung lokalen und nationalen Regierungshandelns erschwert es anderen Akteuren, an den Umbauprozessen zu partizipieren. Die Akteurskonstellationen im Stadtumbau sind in der Regel Konkretisierungen der klassischen Elitenkoalitionen im Akteursdreieck Lokalpolitik – Verwaltung – Wohnungswirtschaft (Bernt 2005; Bürkner 2005). Die Zivilgesellschaft kommt faktisch kaum ins Spiel – Ausnahmen wie z. B. experimentelle Mobilisierungsversuche im Rahmen des Ideenwettbewerbs Stadt 2030 bestätigen die Regel (Göschel 2003). In der einschlägigen Forschung herrscht Rätselraten über die ausbleibenden Aktivitäten „von unten" und über die tatsächlichen Mobilisierungschancen einer passiv verharrenden, vor den langjährigen Krisenentwicklungen in Ostdeutschland resignierenden lokalen Bevölkerung (Kabisch 2005). Dennoch sind einzelne Projekte der Praxis dokumentiert, in denen neue, mit den ostdeutschen Befindlichkeiten sensibel umgehende Allianzenbildungen stattgefunden haben (Hutter/Wiechmann 2005). Der Einsatz von *governance*-Ansätzen erscheint daher trotz der genannten Einschränkungen als plausibel.

Für die empirische Untersuchung von *placemaking* stellen sich damit zwar erhebliche, aber nicht unüberwindliche Probleme. Die Chance, geeignete Ansatzpunkte zu finden, steigt oder fällt mit dem Grad der Implementierung entsprechender Politiken und der Beobachtbarkeit der damit einher gehenden Strukturen und Prozesse. Bisherige Formen der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Umbauprozessen können erste Ausgangspunkte für die Entdeckung bislang nicht bekannt gewordener Formen der lokalen Selbstorganisation und –steuerung sein. Häufig werden solche Phänomene erst mit genauer Kenntnis der lokalen Verhältnisse und Kommunikationsstrukturen sichtbar.

Mittel- bis langfristig können kleinere empirische Erkundungen zunächst Stichworte für die Weiterformulierung von normativen Vorstellungen für ein auf die ostdeutschen Kontexte zugeschnittenes *placemaking* liefern. Auf dieser Basis könnten dann anwendungsorientierte Projekte entworfen werden, die *placemaking* als einen von Experten und lokalen Milieus gleichermaßen angeleiteten Prozess in ausgewählten Kommunen betreiben. An normativen Handlungszielen besteht angesichts der Wucht der Schrumpfungsprozesse und ihrer Folgen derzeit kein Mangel: „Prononciert gesagt, wird es für manche der betreffenden Städte darauf ankommen, zwischen Übergang (in andere Stadt-Identitäten durch ‚place-making') oder Untergang (durch Preisgabe wegen zu starker Verluste und Erosion) zu wählen." (Keim 2003: 109). Werden im Rahmen eines so verstandenen *placemaking* – jeweils auf der Basis kollektiver Ortsdefinitionen – neue Leitbilder formuliert und selbst definierte Entwicklungsvorstellungen befördert, würde dann wieder ein Anlass und Anknüpfungspunkt zu erneuten empirischen Untersuchungen entstehen.

Bei einer derartigen Vorgehensweise wäre kritisch zu prüfen, inwieweit die Zivilgesellschaft von der lokalen Politik und Planung lediglich als Stichwortgeber oder Lieferant bunter kultureller „Farbkleckse“ genutzt wird. Dieser Fall dürfte um so eher eintreten, je stärker sich die Kommunen in der Pflicht sehen, in der Konkurrenz der Regionen und Städte ein Design zu entwickeln, das ihnen Wettbewerbsvorteile verspricht. Eine wichtige Forschungsfrage, die sich unter diesem Aspekt stellt, lautet daher: Hat nun nach den Designer-Regionen (Bleier 1999) – dank *placemaking* – auch die Stunde der Designer-Orte geschlagen? Sollte dies der Fall sein, dann wäre *placemaking* weniger eine Angelegenheit der zivilgesellschaftlichen Basis als vielmehr der von lokalen Eliten getragenen Politiken. Es wäre somit jeweils Bestandteil einer für überlebensnotwendig gehaltenen stadtpolitischen Strategie, zu der es besonders in Zeiten wachsender Finanzknappheit der Kommunen nur wenige Alternativen zu geben scheint. Für den lokalen Staat hätte es aus Gründen der Ressourcensicherung und Kostenreduzierung eindeutige Vorteile, sich des Rückhalts durch die Zivilgesellschaft zu versichern und sich zugleich ihrer kreativen und kommunikativen Kompetenzen zu bedienen. Die strukturelle und politisch-strategische Einbettung von *placemaking* und ihre Auswirkung auf konkrete Inhalte der Steuerung sowie auf die lokalen Kommunikationsprozesse wird also künftig eine größere Aufmerksamkeit seitens der Forschung benötigen als bisher.

3.4.5 Vorschläge für ein Untersuchungskonzept

Für die konkrete Untersuchung von *placemaking*-Prozessen sind einige operationale Definitionen erforderlich, die es erlauben, den interaktiven Rahmen der beteiligten Steuerungsformen, Akteure und konkreten Handlungen abzustecken.

In Anlehnung an die oben vorgenommene Präzisierung des *place*-Begriffs als Verdichtung sozialer Beziehungen werden die steuerungsrelevanten Handlungszusammenhänge, in denen sich *placemaking*-Prozesse entfalten, als Handlungsarenen aufgefasst. Eine Arena stellt ein thematisch abgegrenztes Handlungsfeld dar, das eine begrenzte Anzahl von Akteuren („Spielern“) aufweist und nach eigenen Spielregeln (inklusive Regeln zur Herstellung von Vertrauen und Handlungsroutinen) funktioniert. Voraussetzung ferner eine strategische Orientierung der Akteure, die sich in konkreten kollektiven Handlungszielen niederschlägt. Zuschauer – um das Bild zu vervollständigen – ist jeweils eine lokale Öffentlichkeit, die den Steuerungsprozess kommentiert, aber auch (über zivilgesellschaftliche Initiative) in ihn eingreifen kann. Aufgrund der Prämisse, dass sich *placemaking* überwiegend im Rahmen von *governance*-Prozessen vollzieht, lassen sich die Grenzen der Arena grundsätzlich als durchlässig definieren, d. h. beteiligte Akteure können sie ebenso verlassen wie neue Akteure zum Kreis der vorhandenen dazu stoßen können.

Innerhalb einer Handlungsarena bilden sich spezifische Akteurkonstellationen heraus, deren Zusammensetzung aufgrund der offenen Anlage der Arena grundsätzlich variabel ist. Diese Konstellationen können insgesamt den Charakter von Netzwerken annehmen. Dies ist allerdings keine zwingende Bedingung. Denkbar ist auch, dass es Beteiligte gibt, die lediglich einen Beobachterstatus haben und an konkreten Interaktionen nicht direkt beteiligt sind.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmung kann die Analyse von *placemaking*-Prozessen, verstanden als Bestandteil von Strategien der Regenerierung schrumpfender Städte, an vier verschiedenen Punkten ansetzen. Zur Verdeutlichung der dadurch entstehenden Perspektiven lassen sich die folgenden Leitfragen formulieren:

1. Ansatzpunkt: die konkreten Gegenstände von Ortsbildungen

Leitfragen: Welche Gegenstände und Themen werden überhaupt für *placemaking* unter Schrumpfungsbedingungen innerhalb welcher Handlungsarena interessant?

Werden von den Akteuren eher materielle Artefakte (im weitesten Sinne die gebaute Umwelt) thematisiert oder soziale Phänomene, die sich physisch-räumlich verorten lassen?

2. Ansatzpunkt: die zum Einsatz kommenden Steuerungsformen

Leitfrage: Welche Steuerungsformen zwischen den Polen „hierarchisch organisierte Planung“ und „basisdemokratisch organisierter Kommunikationsprozess“ werden unter welchen lokalen Entwicklungsbedingungen von den Akteuren gewählt?

3. Ansatzpunkt: die Akteurkonstellationen

Leitfragen: Wie homogen bzw. heterogen gestaltet sich die Zusammensetzung der Akteure im Rahmen der einzelnen Steuerungsformen?

Welche Struktur haben die entstehenden Akteurkonstellationen und Netzwerke? Welche zentralen Netzwerkknoten bilden sich heraus?

Welche ortsbezogenen Interessen kommen zum Zuge, welche werden vernachlässigt bzw. können sich nicht durchsetzen?

Sind innerhalb der Akteurkonstellationen Machtdifferenzen zu erkennen, die die Durchsetzung bestimmter Interessen erleichtern oder erschweren?

Welche Kommunikationsstrukturen und –prozesse sind mit welchen Handlungszielen und Durchsetzungsdynamiken verbunden?

4. Ansatzpunkt: die Vorstellungen zur Identität eines konkreten Ortes

Leitfragen: Welche Vorstellungen zur Ortsidentität werden von welchen Akteuren im Zusammenhang mit welcher Steuerungsform und welcher Akteurkonstellation entwickelt?

Welche Entwicklungsleitbilder werden ggf. daraus abgeleitet?

Gibt es Konkurrenzen und Konflikte um die diesbezügliche Deutungsmacht?

Welche Aushandlungsprozesse und –formen sind im Konfliktfall zu beobachten?

Methodisch stützen sich derartige empirische Analysen auf qualitative Interviews mit den an konkreten Steuerungsprozessen bzw. lokalen Projekten Beteiligten. Bei der Auswahl der Befragten ist darauf zu achten, dass das Spektrum der Akteure hinsichtlich ihrer Herkunft aus unterschiedlichen gesellschaftlichen bzw. organisationellen/institutionellen Bereichen hinreichend erfasst wird.

4 Fazit und Ausblick

Das vorliegende Working Paper der Forschungsabteilung 4 des IRS befasst sich mit einer breit angelegten theoretischen (sozialwissenschaftlich wie auch planungswissenschaftlich ausgerichteten) Grundlegung zum Thema der „Regenerierung schrumpfender Städte“. Zu diesem Zweck wurde zunächst die Verwendungsgeschichte des Begriffes „Regenerierung“ nachvollzogen sowie eine vorläufige Arbeitsdefinition abgeleitet, die weiterführenden empirischen Untersuchungen zu Grunde gelegt werden kann. Zugleich wurde ein Gerüst für eine kritische Hinterfragung und sozialwissenschaftliche Fundierung der normativen Bestandteile des Begriffes aufgezeigt. Nicht zuletzt wurden darüber hinaus mehrere ausgewählte theoretische Zugänge formuliert, die als Fundament für künftige Analysen von Entwicklungspfaden und Steuerungsprozessen der „Regenerierung schrumpfender Städte“ dienen können. Damit soll nicht nur eine vielseitige und tragfähige Grundlage für empirische Analysen bereit gestellt werden, sondern außerdem ein Beitrag zur Reduzierung der bestehenden konzeptionellen Defizite in der Erforschung von Prozessen der „Schrumpfung“ und „Regenerierung“ geleistet werden.

Im Gegensatz zu strukturellen Analysen städtischer Entwicklungsprozesse, die sich einer weiterführenden Interpretation der Ergebnisse enthalten und eine weitgehend „wertneutrale“ Beschreibung der Entwicklungsprozesse anstreben, müssen sich Analysen zum Forschungsfeld „Regenerierung schrumpfender Städte“ grundlegend mit inhärenten Normativitätsfragen auseinandersetzen. Sie sind damit einem nicht zu vernachlässigenden Bewertungsproblem ausgesetzt.

Wo fängt eine „Regenerierung schrumpfender Städte“ an und anhand welcher Merkmale lässt sich diese Frage beurteilen? Beginnt „Regenerierung“ mit einer „Erneuerung“, wie der unmittelbare Sinn des Wortes nahe legt, d. h. mit einer deutlich feststellbaren Trendumkehr von „Schrumpfungsprozessen“ und deren Merkmalen? Ist möglicherweise auch schon eine Trendumkehr bei einzelnen Schrumpfungsmerkmalen ausreichend, um von „Regenerierung“ sprechen zu können? Muss es vielleicht nicht einmal eine Trendumkehr sein, die für eine „Regenerierung“ spricht, sondern reicht vielleicht auch schon eine leichte Stabilisierung oder gar nur eine Trendabschwächung in kontinuierlich andauernden Schrumpfungsprozessen? Gesicherte und tragfähige Erkenntnisse zu normativen Fragen wie diesen können kaum vorliegen und dürften sich – ohne den keinesfalls unproblematischen Umweg einer normativen Interpretation - auch nur schwerlich bewerkstelligen lassen.

Angesichts dieser Ausgangssituation werden in dem vorliegenden Working Paper zwei konzeptionelle Wege eingeschlagen: zum einen der Weg eines relationalen Begriffsverständnisses, das sich über die Akteure und ihre Interessen konstituiert, zum anderen (vor allem im Hinblick auf konkrete empirische Untersuchungen) der Weg eines vorläufigen, sich aus dem engeren Wortsinn ergebenden normativen Verständnisses, das sich zunächst anhand von weiterhin zu hinterfragenden Forschungshypothesen formiert.

Die relationalen (und qualitativen) Aspekte der Regenerierungsstrategien werden in diesem Zusammenhang als Bedingung der Entwicklung normativer Ideen begriffen. Entscheidend ist dabei das Wissen um das lokale Referenzsystem, d. h. die Institutionen, sozialen Beziehungen, Bewertungen, strategischen Interessen usw., die von den Akteuren geschaffen sowie strategisch mit der Steuerung städtischer Strukturen und Entwicklungen verknüpft werden.

Im Hinblick auf die normativen Gehalte werden lokale Strategien der Regenerierung als komplexe Handlungsansätze interpretiert, die speziell die demografische, sozioökonomische und städtebauliche *Erneuerung* in Städten und Stadtgebieten anstreben, um insbesondere dem Beschäftigten- und Einwohnerschwund sowie dem baulichen Leerstand und Verfall in den Städten entgegenzuwirken.

Im Mittelpunkt der konzeptionell breit angelegten, gegenstandsbezogenen Forschungsaktivitäten steht in erster Linie die Frage nach der Beschaffenheit, nach den Entstehungsbedingungen und den Karrieren städtischer Regenerierungsprozesse und -strategien in schrumpfenden Städten Ostdeutschlands und der ihnen zurechenbaren *governance*-Formen. Drei theoretische Zugänge zum Thema „Regenerierung“ breitet das vorliegende Working Paper dazu aus: institutionentheoretisch fundierte Pfadansätze, planungswissenschaftliche Ansätze sowie Ansätze zur Definition von „Ortsqualitäten“ (*placemaking*).

In ihrer Gesamtheit zielen diese sich gegenseitig überlappenden und sich inhaltlich ergänzenden Zugänge auf einen mehrschichtigen, vor allem aber interdisziplinären Untersuchungsrahmen zur Frage der „Regenerierung schrumpfender Städte“. Ein solcher Untersuchungsrahmen ermöglicht eine Disziplinen übergreifende kritische Reflexion der verschiedenen Ansätze untereinander, die sowohl vorschnelle normative Festlegungen und Fehlinterpretationen zu vermeiden hilft als auch ein Verharren in theoretisch konsistenten, möglicherweise aber noch zu wenig an empirischen Fällen gehärteten Grundpositionen. Konkret entfaltet sich damit ein konzeptioneller Fundus, der es erlaubt, Mehrebenen-Analysen unterschiedlicher Typen von Regenerierungsstrategien vorzunehmen und darüber hinaus die wechselseitigen Zusammenhänge dieser Strategien mit strukturellen und institutionellen städtischen Pfadentwicklungen genauer zu bestimmen.

Ein abschließender Ausblick auf die Forschungsperspektive, die sich aus dem Working Paper herausschält, lässt die folgenden Schwerpunkte für künftige Forschungsaktivitäten erkennen:

- Untersuchen lassen sich zunächst die konkreten politisch-planerischen Strategien, die auf eine städtische Regenerierung abzielen, ferner deren wechselseitiges Zusammenspiel mit den strukturellen und institutionellen Entwicklungsprozessen der Städte. Damit einhergehend lässt sich die steuerungstheoretische Dimension dieser Strategien beleuchten, indem ihre Entstehung, ihre Handlungslogiken und die zugeordneten Steuerungsformen analytisch in einem planungstheoretischen Spannungsfeld zwischen *government* und *governance* verortet werden.

- Analysieren lassen sich des weiteren die Ausprägungen der institutionellen Entwicklungspfade, in welche die Regenerierungsstrategien eingebettet sind. Darüber hinaus sind auch die wechselseitigen Zusammenhänge bzw. Kontraste zwischen der institutionellen und der strukturellen Entwicklung der Städte von einem weiterführenden Erkenntnisinteresse.

- Einen weiteren Untersuchungsgegenstand bilden die Strategien und Prozesse des *placemaking*, d. h. strategische Handlungsformen, die darauf abzielen, konkrete Orte mit neuen Attraktivitäten auszustatten und für bestimmte – hier: regenerative – Nutzungen bzw. Interessen in Wert zu setzen.

- Als relevante Handlungsarenen der städtischen Restrukturierung kommen in ostdeutschen Stadtentwicklungskontexten insbesondere solche in Frage, die sich im Zuge gesamtstädtischer Planungen, insbesondere von „Strategischen Entwicklungsplanungen“ oder im Zusammenhang mit den Programmen der Städtebauförderung „Stadtumbau Ost“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz“ konstituieren. Darüber hinaus können aber auch andere steuerungsrelevante Handlungsfelder erschlossen werden, die sich innerhalb unterschiedlicher politischer Kontexte herausgebildet haben.

- Einzubetten sind diese skizzierten disziplinüberschreitenden Zugänge zur Frage der „Regenerierung schrumpfender Städte“ in empirische Analysen zu den Prozessen der strukturellen Stadtentwicklung in den schrumpfenden Städten Ostdeutschlands. Auf die Ergebnisse dieser Strukturanalysen aufbauend können nachfolgend Kontrastierungen von Strukturentwicklungen und institutionellen Pfadentwicklungen, strategischen Orientierungen und Prozessen des *placemaking* vorgenommen werden. Schließlich kann damit auch der Frage nach den strukturellen Wirkungen der untersuchten Regenerierungsansätze nachgegangen werden.

Literatur

Albers, Gerd: Über den Wandel im Planungsverständnis. In: RaumPlanung, 61. 1993. 97-103.

Arthur, Brian W.: Competing Technologies, Increasing Returns and Lock-in by Historical Events. In: The Economic Journal, 99. 1989. 116-131.

Bassanini, Andrea P., Giovanni Dosi: When and how Human Will Can Twist the Arms of Clio: An Essay on Path Dependence in a world of Irreversibilities. In Raghu Garud, Peter Karnoe (Hrsg.): Path Dependence and Creation. Mahwah 2001. NJ. 41-68.

Benz, Arthur: Governance: Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden 2004 (Governance, 1).

Berg, Leo van den et al.: Urban Europe. A study of growth and decline, Oxford 1982.

Bernhardt, Christoph: Regionaler Institutionenwandel im Wassermanagement in historischer Perspektive. Das Beispiel des Oderraums in der DDR-Zeit. In: Moss, Timothy (Hrsg.): Das Flussgebiet als Handlungsraum: Institutionswandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven. Münster 2003a.

Bernhardt, Christoph: Begriffserläuterung Pfadabhängigkeit/Entwicklungspfade. Unveröffentl. Arbeitspapier. Erkner 2003b.

Bernt, Matthias: Stadtumbau im Gefangenendilemma. In: Weiske, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Hannemann (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden 2005. 109-130.

Blasius, Jörg, Jens Dangschat (Hrsg.): Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt/M. 1990.

Bleier, Suzanne: Identitätsmarketing in künstlichen Gebilden: Die Fälle Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. In: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung. Opladen 1999. 205-230.

Blotevogel, Hans Heinrich: Auf dem Wege zu einer Theorie der Regionalität: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: Brunn, Gerhard (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden 1996. 44-68 (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, 1).

BMVBW - Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Dokumentation zum Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“. Bonn 2003.

Brake, Klaus: Neue Akzente der Suburbanisierung. Suburbaner Raum und Kernstadt. Eigene Profile und neuer Verbund. In: Brake, Klaus, Dangschat, Jens S., Herfert, Günter (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Opladen 2001. 15-26.

Bürkner, Hans-Joachim: Die Rolle kreativer Milieus im Stadtumbau. In: Liebmann, Heike, Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität – Potential für den Stadtumbau. Erkner, Darmstadt 2003.

Bürkner, Hans-Joachim: Lokale Wissensmilieus und Kompetenznetzwerke mit heterogenen Ortsbezügen - Herausforderungen für eine irritierte Stadtpolitik. In: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden 2004. 159-169.

Bürkner, Hans-Joachim: Akteurskonstellationen in schrumpfenden Städten: zwischen Wachstumsorientierung und neuen urbanen Regimen. In: Weiske, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Hannemann (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden 2005. 13-35.

Carley, Michael: Urban Partnerships, Governance and the Regeneration of Britain’s Cities. In: International Planning Studies, 5. 2000 (3). 273-297.

Couch, Chris, Charles Fraser, Susan Percy (eds.): Urban Regeneration in Europe. Oxford u.a. 2003.

Couch, Chris: City of Change and Challenge. Urban Planning and Regeneration in Liverpool. Aldershot, Burlington 2003.

Dabinett, Gordon: Uneven Spatial Delopment and Regeneration Outcomes in the UK: Reversing Decline in the Northern City of Sheffield? In: Newsletter Schrumpfende-Stadt/Stadtumbau-Ost No. 13. Nov. 2004 (www.schrumpfende-stadt.de).

Davies, Jonathan S.: Conjuncture or Disjuncture? An Institutionalist Analysis of Local Regeneration Partnerships in the UK. In: International Journal of Urban and Regional Research, 28. 2004 (3). 570-85.

Deeg, Richard: Institutional Change and the Uses and Limits of Path Dependency: The Case of German Finance. Köln 2001 (MPIfG Discussion Paper 01/6).

Deutscher Bundestag: Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Bundestagsdrucksache 15/4610. Berlin 2004.

Doehler-Behzadi, Martha: Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen?. Vortragsmanuskript, Tagung ARL und BBR am 17./18.06.2004: Demographischer Wandel im Raum. Was tun wir? Online-Publikation 2004 (http://www.bbr.bund.de/raumordnung/download/magdeburg_doehler.pdf; 21.02.2005)

Dürrschmidt, Jörg: Everyday Lives in the Global City: The Delinking of Locale and Milieu. London, New York 2000.

Evans, Richard: Regenerating Town Centres. Manchester, New York 1997.

Fassbinder, Helga: Zum Begriff der strategischen Planung – Planungsmethodischer Durchbruch oder Legitimation notgedrungener Praxis? In: Strategien der Stadtentwicklung in europäischen Metropolen. Hamburg 1993. 9-16 (Harburger Berichte zur Stadtplanung Bd. 1).

Florida, Richard: The Rise of the Creative Class: And How It Is Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life. New York 2002.

Florida, Richard: Cities and the Creative Class. New York, London 2005.

Franz, Peter: Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005 (3). 10-16.

Friedrichs, Jürgen: A Theory of Urban Decline: Economy, Demography and Political Elites. In: Urban Studies, 30. 1993 (6). 907-917.

Friedrichs, Jürgen: Gentrification. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 1998. 57-66.

Fürst, Dietrich, Marion Lahner, Karsten Zimmermann: Neue Ansätze integrierter Stadtteilentwicklung: Placemaking und Local Governance. Erkner 2005 (RegioTransfer, 4)

Göschel, Albrecht: Der Forschungsverbund „Stadt 2030“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28. 2003.

Gordon, David L. A.: Managing the changing political environment in urban waterfront development. In: Urban Studies, 33. 1996 (1). 61-84.

Grabow, Busso, Beate Hollbach-Grömig: Stadtmarketing. Eine kritische Zwischenbilanz. Berlin 1998 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, 25).

Grabow, Busso, Holger Floeting: Städte in der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. In: Egeln, Jürgen, Helmut Seitz (Hrsg.): Städte vor neuen Herausforderungen. Baden-Baden 1998. 15-52 (ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 28).

Grogan, Paul S., Tony Proscio: Comeback Cities. A Blueprint for Urban Neighborhood Revival. Boulder/Col., Oxford 2000.

Hall, Peter: The Restructuring of Urban Economies. Integrating Urban and Sectoral Policies. In: Fox-Przeworski, Joanne, JohnGoddard, Mark De Jong (eds.): Urban Regeneration in a Changing Economy. Oxford 1991. 7-23.

Hamm, Bernd: Nachbarschaft. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen 1998. 173-181.

Hannemann, Christine: Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/203. 2003. 16-24.

Hannemann, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Weiske (Hrsg.): Neue Länder - Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin 2002 (architext, 5).

Hannigan, John: Zur Konstruktion von Orten iin der Erlebnisstadt. In: Bittner, Regina (Hrsg.): Die Stadt als Event. Frankfurt, New York 2002. 131-138 (Edition Bauhaus, 10).

Häußermann, Hartmut: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. Opladen, Wiesbaden 1997.

Häußermann, Hartmut, Walter Siebel: Zukünfte der Städte. Tendenzen der Stadtentwicklung und Optionen der Kommunalpolitik. In: Blanke, B. u.a. (Hrsg.): Die zweite Stadt. Opladen 1986. 102-118 (Leviathan Sonderheft, 7).

Häußermann, Hartmut, Walter Siebel: Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen 1988. 78-94.

Häußermann, Hartmut, Walter Siebel (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen 1993 (Leviathan Sonderheft, 13).

Hard, Gerhard: „Bewusstseinsräume“. Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewusstsein zu erforschen. In: Geographische Zeitschrift, 75. 1987 (3). 127-147.

Hard, Gerhard: Zur Theorie und Empirie des »Regionalbewußtseins«. Anmerkungen zur Habilitationsschrift von Jürgen Pohl. In: Geographische Zeitschrift, 84. 1996 (1). 54-61.

Healey, Patsy: The Communicative Turn in Planning Theory and Its Implications for Spatial Strategy-making. In: Environment and Planning B: Planning and design, 23. 1996 (2). 217-234.

Healey, Patsy: Collaborative Planning. Shaping Places in Fragmented Societies. Houndsmill, London 1997.

Healey, Patsy: On Creating the “City” as a Collective Resource. In: Urban Studies, 39. 2002a (10). 1777-1792.

Healey, Patsy: Place, Identity and Governance: Transforming Discourses and Practices. In: Hillier, Jean, Emma Rooksby (eds.): Habitus: A Sense of Place. Aldershot etc. 2002. 173-201.

Healey, Patsy: Towards a More Place-focused Planning System in Britain. In: Madanipour, Ali, Angela Hull, Patsy Healey (eds.): The Governance of Place: Space and Planning Processes. Aldershot etc. 2001. 265-86.

Healey, Patsy, A. Khakee, A. Motte, B. Needham: European Developments in Strate-

gic Spatial Planning. In: European Planning Studies, 7. 1999 (3). 339-355.
Healey, Patsy, Claudio de Magalhães, Ali Madanipour: Assessing Institutional Capacity for City Centre Regeneration: Newcastle's Grainger Town. In: Cars, Göran, Patsy Healey, Ali Madanipour (eds.): Urban Governance, Institutional Capacity and Social Milieux. Aldershot etc.: 2002. 45-62.
Heidelberger Online Lexikon der Politik – C. H. Beck. Online-Publikation (http://www. politik-wissen.de/lexikon/kollektiveshandeln.htm; 09.01.2005).
Heinig, Stefan; Weigel, Oliver: Zwischen Schrumpfung und Wachstum. Kreative Strategien für Leipzig. In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hrsg.): Städtische Kreativität – Potential für den Stadtumbau. Erkner, Darmstadt 2003. 133-145.
Helbrecht, Ilse: "Stadtmarketing". Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik. Basel, Boston, Berlin 1994 (Stadtforschung aktuell, 44).
Helbrecht, Ilse: Die Wiederkehr der Innenstädte. Zur Rolle von Kultur und Konsum in der Gentrification. In: Geographische Zeitschrift, 84. 1996 (1). 1-16.
Hutter, Gérard, Thorsten Wiechmann: Stadtumbau als strategischer Prozess – Möglichkeiten der Kommunikation kommunaler Akteure für neue gemeinsame Prioritäten am Beispiel Dresden. In: Weiske, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Hannemann (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, temporäre Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Opladen 2005. 131-154.
Imrie, Rob (ed.): Urban Renaissance? New Labour, Community and Urban Policy. Bristol 2003.
Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH; Ähnelt, Reinhard u.a. (Bearb.): Fortschritte und Hemmnisse beim Vollzug des Stadtumbaus Ost - Unternehmensumfrage. Endbericht. Berlin 2004.
Jacobs, Brian: Strategy and Partnership in Cities and Regions. Economic Development and Urban Regeneration in Pittsburgh, Birmingham and Rotterdam. London, New York 2000.
John, René: Regionale Identität: Strategie und Diskurs im Raum Berlin-Brandenburg. In: BISS public, 8. 1998 (25). 1-23.
Kabisch, Sigrun: Kommunikation als Vermittlungsinstanz des Stadtumbaus – Erfahrungen und Erkenntnisse einer sozialwissenschaftlichen Fallstudie. In: Weiske, Christine, Sigrun Kabisch, Christine Hannemann (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, temporäre Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Opladen 2005. 76-108.
Kabisch, Sigrun, Matthias Bernt, Andreas Peter: Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie. Opladen 2004.
Keim, Karl-Dieter: Ein kreativer Blick auf schrumpfende Städte. In: Siebel, Walter (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt am Main 2004. 208-218.
Keim, Karl-Dieter: Das Fenster zum Raum. Traktat über die Erforschung sozialräumlicher Transformation. Leske + Budrich. Opladen, 2003.
Keim, Karl-Dieter: Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Regenerierung der ostdeutschen Städte. In: Keim, Karl-Dieter (Hrsg.): Regenerierung schrumpfender Städte – zur Umbaudebatte in Ostdeutschland. Erkner 2001 (REGIO transfer, 1). 9-40.
Keim, Karl-Dieter, Petra Jähnke, Manfred Kühn, Heike Liebmann: Transformation der Planungskultur? Ein Untersuchungsansatz im Spiegel stadt- und regionalplane-

rischer Praxisbeispiele in Berlin-Brandenburg. In: Altrock, Uwe (Hrsg.): Planungsrundschau, 6. 2003. 126-152.

Kilper, Heiderose: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion. Opladen 1999.

Kiwit, Daniel, Voigt, Stefan: Überlegungen zum institutionellen Wandel unter Berücksichtigung des Verhältnisses interner und externer Institutionen. Online-Publikation 2004 (http://www.wirtschaft.uni-kassel.de/Voigt/PDF/VOIGTPUBL/2/6new_wandel2.pdf; 10.12.2004).

Kuder, Thomas: Nicht ohne: Leitbilder in Städtebau und Planung. Diss. Berlin 2004.

Kujath, Hans Joachim: Regeneration der Stadt. Ökonomie und Politik des Wandels im Wohnungsbestand. Hamburg 1986.

Kunzmann, Klaus: Pittsburgh – eine Erfolgsgeschichte? In: Kunzmann, Klaus, Markus Lang, Ralf Theisen (Hrsg.): Pittsburgh – eine Erfolgsgeschichte? Dortmund 1993. 10-21 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 65).

Lau, Christoph, Ulrich Beck: Definitionsmacht und Grenzen angewandter Sozialwissenschaft. Eine Untersuchung am Beispiel der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung. Opladen 1989 (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, 113).

Lehmbruch, Gerhard: Der unitaristische Bundesstaat in Deutschland: Pfadabhängigkeit und Wandel. Köln 2002 (MPIfG Discussion Paper 02 / 02).

Liebmann, Heike: Mut der Verzweiflung? Events und Großprojekte als Motor der Stadtentwicklung. In. Liebmann, Heike, Tobias Robischon (Hrsg.): Städtische Kreativität – Potential für den Stadtumbau. Erkner, Darmstadt 2003. 133-145.

Löw, Martina: Raumsoziologie. Frankfurt/M. 2001 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1506).

Luckmann, Thomas: Persönliche Identität. In: Böckle, Franz et al. (Hrsg.): Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft. Freiburg 1980. 9-22 (Enzyklopädische Bibliothek, 25).

Marshall, Richard (ed.): Waterfronts in Post-Industrial Cities. London 2001.

Matthiesen, Ulf: Milieus in Transformationen. Positionen und Anschlüsse. In: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): Die Räume der Milieus. Berlin 1998. 17-79.

Mayntz, Renate: Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden 2004 (Governance, 1).

Mayntz, Renate, Fritz W. Scharpf: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Renate, Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung. Frankfurt/M., New York 1995. 39-72 (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, 23).

Mead, Herbert George: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt 1991 (Suhrkamp Taschenbücher Wissenschaft, 28).

Monti, Daniel J.: Race, Redevelopment and the New Company Town. Albany 1990.

Noller, Peter: Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raums. Opladen 1999.

North, Douglas C.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen 1992.

Oswalt, Philipp (Hrsg.): Schrumpfende Städte, Band 1: Internationale Untersuchung, Ostfildern-Ruit 2004.

Parkinson, Michael, Brian Robson: Urban Regeneration Companies: A Process Evaluation. London 2000.

Pierson, Paul: Increasing Returns, Path Dependence and the Study of Politics. In: American Political Science Review, 94. 2000. 251 – 267.

Pohl, Jürgen: Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie. Theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen am Beispiel Friaul. Kallmünz, Regensburg 1993 (Münchener Geographische Hefte, 70).

Roberts, Peter: The Evolution, Definition and Purpose of Urban Regeneration. In: Roberts, Peter, Hugh Sykes (eds.): Urban Regeneration. A Handbook. London, Thousand Oaks, New Delhi 2000. 9-36.

Roberts, Peter, Hugh Sykes (eds.): Urban Regeneration. A Handbook. London 2000.

Robson, Brian: Mancunian Ways: The Politics of Regeneration. In: Peck, Jamie, Kevin Ward (eds.): City of Revolution. Restructuring Manchester. Manchester, New York 2002. 34-49.

Salet, William, Andreas Faludi (eds.): The Revival of Strategic Spatial Planning. Amsterdam 2000.

Schmidt-Eichstaedt, Gerd: Erfolge, Chancen und Defizite des bisherigen Stadtumbauprozesses. In: vhw Forum Wohneigentum, 2004 (4). 190-193.

Siebel, Walter: Einleitung: Die europäische Stadt. In: Siebel, Walter (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt a. M. 2004. 11-50.

Siebel, Walter, Oliver Ilbert, Hans-Norbert Mayer: Projektorientierte Planung – ein neues Paradigma? In: Informationen zur Raumentwicklung 1999 (3/4). 163-172.

Sieverts, Thomas, Karl Ganser: Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus. Planungskulturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: DISP 115, 1993. 31-37.

Sonntag, Monika, Thilo Lang: Regenerierung durch Partnerships und Urban Regeneration Companies? Eine vergleichende Studie zum Stadtumbau in Middlesbrough und Sheffield. Unveröff. Manuskript, Erkner 2004.

Spiegel, Erika: Die europäische Stadt - eine schrumpfende Stadt. In: Siebel, Walter (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M. 2004. 182-196.

Steiner, M.: Old industrial areas: A theoretical approach, in: Urban Studies, 22. 1985. 387-398.

Steinführer, Annett, Annegret Haase, Sigrun Kabisch: Reurbanisierung – eine Chance für die dauerhafte Nutzung innerstädtischer Wohngebiete? In: Jahrbuch Stadterneuerung 2004. Berlin 2005.

Stone, Clarence N.: Regime Analysis and the Study of Urban Politics, A Rejoinder. In: Journal of Urban Affairs, 20. 1998 (3). 249-260.

Sweet, David C., Kathryn Wertheim Hexter, David Beach (eds.): The New American City Faces Its Regional Future. A Cleveland Perspective. Athens/Ohio 1999.

Thomas, June Manning: Redevelopment and Race: Planning a Finer City in Postwar Detroit. Baltimore u.a. 1997.

Tittle, Diana: Rebuildung Cleveland. The Cleveland Foundation and Its Evolving Urban Strategy. Columbus/Ohio 1992.

Urban Task Force: Towards an Urban Renaissance. Final Report of the Urban Task Force, Chaired by Lord Rogers of Riverside. London 1999.

Weichhart, Peter: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlichsozialer Kognition und Identifikation. Stuttgart 1990 Erdkundliches Wissen, 102).

Werlen, Benno: Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart 1997 (Erdkundliches Wissen, 119).

Wilks-Heeg, Stuart: Kann kreative Kommunalpolitik wirtschaftlichen Niedergang umkehren? Die Politik der urbanen Renaissance in Liverpool und Manchester. In: Liebmann, Heike, Tobias Robischon (Hrsg.): Städtische Kreativität – Potential für den Stadtumbau, Erkner, Darmstadt 2003. 90-108.

Wollmann, Hellmut: Wird der deutsche Typus kommunaler Selbstverwaltung den Druck von EU-Liberalisierung, New Public Management und Finanzkrise überleben? In: Siebel, Walter (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt a. M. 2004. 359-369.